

V. Nationalsozialistisches „Zentrum“ und auslandsdeutsche „Peripherie“

Christoph Boyer/Jaroslav Kučera

Die Deutschen in Böhmen, die Sudetendeutsche Partei und der Nationalsozialismus

I.

1938 wurde das Sudetenland aus dem Staatsverband der böhmischen Länder herausgelöst und in das Deutsche Reich eingegliedert. Der Annexion war ein in mehreren Schüben verlaufender Prozeß der Annäherung der deutsch besiedelten Gebiete Böhmens an Deutschland vorangegangen, von dem diese lange Zeit durch eine politische Grenze getrennt gewesen waren; die Gemeinsamkeiten hatten sich auf ethnisch-kulturelle beschränkt.

Gegenstand der folgenden Ausführungen ist die letzte und intensivste Phase der Zuwendung der deutschen Volksgruppe in Böhmen zum Deutschen Reich in den Jahren zwischen 1933 und 1938. Sie ging einher mit der nationalsozialistischen Formierung der sudetendeutschen Gesellschaft unter der sich mehr und mehr durchsetzenden Hegemonie der Sudetendeutschen Heimatfront, später Sudetendeutsche Partei (SHF/SdP). Diese nazifizierte sich ihrerseits unverkennbar. Unsere Untersuchung der Antriebskräfte und des Umfelds, der Phasen und Verlaufsformen dieser Entwicklung ist geleitet von der äußerst bedeutsamen Frage nach dem Verhältnis, in dem sich hier autochthone Antriebskräfte mit dem – mehr oder weniger direkten – Einfluß des „Großen Bruders“ im Reich mischten. In engem Zusammenhang damit steht die Frage nach dem Charakter der Henlein-Bewegung, auf die die Literatur bislang sehr unterschiedliche Antworten gegeben hat: Vor allem die Zeitzeugen neigen aus durchsichtigen Gründen eher der These von der Eigenständigkeit der SHF/SdP zu und interpretieren folgerichtig die partiinternen weltanschaulichen und personellen Konflikte als eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen genuinen Nationalsozialisten und Vertretern anderer ideologischer Observanz¹. Am anderen Ende des Meinungsspektrums findet sich das Verdikt einer engen Geistesverwandtschaft mit dem reichsdeutschen Nationalsozialismus bzw. einer weitgehenden politisch-organisatorischen Abhängigkeit der Partei von diesem – eine These, in deren Konsequenz die Richtungskämpfe eher als „Bruderzwist, durchaus im großdeutschen Hause und bei grundsätzlicher Verehrung Hitlers“ zu begreifen sind².

¹ Walter Brand, Auf verlorenem Posten, München 1985; Walter Becher, Der Blick aufs Ganze, München 1985; Ders., Zeitzeuge, München 1990; Hans Neuwirth, Der Weg der Sudetendeutschen von der Entstehung des tschechoslowakischen Staates bis zum Vertrag von München, in: Die Sudetenfrage in europäischer Sicht. Bericht über d. Vorträge u. Aussprachen d. Wissenschaftl. Fachtagung d. Collegium Carolinum in München-Grünwald am 1.-3. Juni 1959, München 1962, S. 122–179.

² Dies die Formulierung Seibts, der vor allem auf die ideologischen Affinitäten abhebt. Vgl. Ferdinand Seibt, Unterwegs nach München, in: Wolfgang Benz, Hans Buchheim, Hans Mommsen (Hg.), Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft, Frankfurt/M. 1993, S. 133–152, hier S. 140. Am dezidiertesten betonen die politische Abhängigkeit Jaroslav César u. Bohumil Černý, Politika německých buržoazních stran v Československu, 2 Bd., Prag 1962 und Otto No-

Wir versuchen im folgenden, anhand neu zugänglich gewordener Quellen aus den Prager Archiven die Auffassung zu untermauern, daß die Ideologie der SHF/SdP in manchen Punkten zwar auf die spezifischen Bedürfnisse und Erwartungen der Deutschen im tschechoslowakischen Staat zugeschnitten war, daß sie von Anfang an und in zentraler Position aber auch die meisten wesentlichen Elemente der nationalsozialistischen Weltanschauung enthielt; die Unterschiede reduzieren sich letztlich auf Nuancen. Ebenso waren die Organisation und die politische Praxis der SHF/SdP in mancher Hinsicht zwar von der „Umwelt“, der parlamentarischen Demokratie der ČSR, geprägt; auch hier aber sind die Gemeinsamkeiten mit der NSDAP mit Händen zu greifen. Diese „totalitäre Disposition“ war ausschlaggebend dafür, daß die Partei unter geeigneten Rahmenbedingungen – nach dem „Anschluß“ Österreichs und im Zeichen der Internationalisierung der „Sudetenfrage“ – in der kurzen Frist von wenigen Monaten sich einer verkleinerten Kopie der NSDAP engstens annäherte und die Sudetengesellschaft noch im Vorfeld von „München“ einer „Vervolksgemeinschaftung“ unterwerfen konnte, die der Machtergreifung im Reich in vielem ähnelte. Wir konzentrieren uns, nach einer Skizze der „Vorgeschichte“ bis 1933 und einem Abriß der generellen Züge der sudetendeutschen Politik und Gesellschaft in den dreißiger Jahren, auf die beiden, durch eine Zäsur etwa Ende 1937 getrennten Hauptphasen dieser Entwicklung, die schließlich in die Annexion der Sudetengebiete durch das „Dritte Reich“ mündete.

Identitätsstiftende Klammer der kulturell, ökonomisch und politisch keineswegs homogenen deutschen Bevölkerung in Böhmen war unter der Habsburger Monarchie allein das Bewußtsein der Zugehörigkeit zur „deutsch-österreichischen Staatsnation“ – im Verein mit der Loyalität zur Dynastie – und der Verschiedenheit von den Tschechen gewesen. Wirtschaftlich und politisch gravitierenden die damals noch so genannten Deutschböhmern vor 1918 mehrheitlich nach Wien. Der Zerfall der Donaumonarchie bedeutete auch das Ende dieses Koordinatensystems. Prägende Erfahrung der Staatsgruppe wurde nun ihre Position als Minderheit in einem Nationalstaat „tschechoslowakischer Identität“. Erblickte das Sudetendeutschland, nach einer kurzen Phase des Irredentismus, seine politische Heimat auch mehrheitlich in der Tschechoslowakischen Republik, so war das Verhältnis zu den Tschechen doch von schweren politischen Konflikten um das Selbstbestimmungsrecht, von Konkurrenz auf dem Gebiet der Wirtschaft und von Spannungen in der Schul- und der Sprachenfrage charakterisiert. Die Folge war eine zunehmende Orientierung auf das Deutsche Reich, die einzige verbliebene potentielle Schutzmacht. Zu den traditionellen kulturellen Bindungen kamen nach 1918 deshalb politische Beziehungen – wenn das Reich auch generell Zurückhaltung wahrte, um den Eindruck der Einmischung in innertschechoslowakische Verhältnisse zu vermeiden. Moraleische Rückendeckung und finanzielle Unterstützung der Volksgruppenarbeit leisteten das Auswärtige Amt und die Volkstumsorganisationen im Regelfall durch unterirdische Kanäle³.

vák, Henleinovci proti Československu, Prag 1987. Eine vermittelnde Position beansprucht Ronald M. Smelser, Das Sudetenproblem und das Dritte Reich 1933–1938, München 1980. Er überschätzt u. E. aber die ideologische Komponente der parteiinternen Auseinandersetzung von 1936. Auf Smelser aufbauend kürzlich auch Reinhart Schmutzler, Der Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei: Die Legende von der faschistischen Bekenntniswahl, in: Zeitschrift für Ostforschung 41 (1992), S. 345–384.

³ Das Standardwerk zu dieser Frage ist nach wie vor Rudolf Jaworski, Vorposten oder Minderheit? Der sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der ČSR, Stuttgart 1977.

Befand sich die deutsche Volksgruppe in den zwanziger Jahren im Spannungsfeld zwischen den Polen Prag und Berlin, so waren die dreißiger Jahre durch eine deutlich zunehmende Entfremdung vom tschechoslowakischen Staat und eine wachsende Anlehnung ans Reich gekennzeichnet. Angesichts der Herausforderung durch die Weltwirtschaftskrise wirkte die Prager Politik hilflos; daß es ihr nicht gelang, den Verdacht des „antideutschen Ressentiments“ zu entkräften, war einerseits auf unbestreitbare reale Defizite – fehlende oder irrite Konzepte, politische und bürokratische Blockaden – zurückzuführen, hatte in nicht unerheblichem Maße aber auch mit dem ohnehin weitgehend zerrütteten Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen sowie den propagandistischen Tönen zu tun, die aus dem Reich herüberklangen. Im Vergleich dazu erschien die Arbeitsbeschaffungspolitik des NS-Regimes – ungeachtet ihrer fatalen Zielsetzung – im böhmischen „Industriefriedhof“ als Schulbeispiel erfolgreicher Krisenbekämpfung. Der nationalsozialistische Machtstaat verstand es überhaupt, die Innenseite von Terror und Gewalt zurücktreten zu lassen und sich als attraktives, dynamisches Gegenmodell zu der zersplitterten und verzankten sudetendeutschen Parteipolitik zu präsentieren, welche hinsichtlich der Wahrung des „nationalen Besitzstandes“ nur mit mäßigen Erfolgen aufwarten konnte. Das Vorbild des Nationalsozialismus kam autoritären Neigungen und irredentistischen Sehnsüchten entgegen, die latent wohl immer vorhanden gewesen waren. Attraktiv erschien nicht zuletzt die von der NS-Propaganda verbreitete Vision einer alle Deutschen in einem Staat einigenden Schicksalsgemeinschaft.

Mit der zunehmenden Orientierung der Sudetendeutschen auf das Reich ging, unter der Regie der SHF/SdP, eine Nazifizierung nicht nur der sudetendeutschen Politik, sondern auch der Gesellschaft Hand in Hand. Im gleichen Atemzug verloren die „aktivistischen“, d. h. sich um loyale Mitarbeit in der Regierung und um Ausgleich mit den Tschechen bemügenden deutschen Parteien – in erster Linie die Deutschen Sozialdemokraten, die Christlich-Sozialen und der Bund der Landwirte – an Substanz und Anziehungskraft. Der Aufstieg der SHF/SdP war zweifelsohne zu einem wesentlichen Teil vom „Dritten Reich“ beeinflußt, das die ideologischen Blaupausen lieferte, auf verschlungenen Pfaden zur Finanzierung der „Bewegung“ beitrug und ein Auffangbecken für politische Flüchtlinge bereitstellte, denen in der ČSR der Boden zu heiß geworden war. Ab Ende 1937 hemmte Deutschland dann durch das Einschüchterungspotential seiner Militärmacht ein energisches Vorgehen der tschechoslowakischen Behörden gegen die „Bewegung“ und trieb durch seine ökonomische Übermacht die auf die Handelsbeziehungen zum Reich existentiell angewiesene sudetendeutsche Wirtschaft in die Arme der SdP. Trotzdem war die Ideologie der SdP kein bloßer Import, und die Sudetengesellschaft näherte sich erst in den letzten Monaten vor der Annexion einer Miniaturversion des „Dritten Reiches“ an. Da die Partei über autochthone programmatische Wurzeln verfügte, auf die spezifischen Probleme der deutschen Minderheit im „Volkstumskampf“ eine Antwort zu finden hatte und ihre politischen Aktivitäten zudem in den Rahmen einer – ungeachtet autoritärer Anwendungen – funktionierenden parlamentarischen Demokratie eingepaßt werden mußten, wies ihre Physiognomie zumindest bis Ende 1937 eine eigenständige Prägung auf.

II.

In Böhmen hatte mit der „Deutschen Arbeiterpartei in Österreich“ (DAP) bereits seit 1903/04 eine völkisch ausgerichtete politische Arbeiterorganisation existiert. Diese Partei, die 1918 ihren Namen in „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ (DNSAP) än-

derte, verfolgte bis zum Ende der zwanziger Jahre eine durchaus eigenständige, von der NSDAP weitgehend unabhängige politische und ideologische Linie. Die Weltwirtschaftskrise und die unglückliche Nationalitätenpolitik brachten dann jedoch ab etwa 1930 eine Welle der Radikalisierung im sudetendeutschen Lager mit sich, die der DNSAP Mitglieder in großer Zahl zuführte; im gleichen Atemzug verdichteten sich nun auch die Beziehungen zum reichsdeutschen Nationalsozialismus⁴.

Die DNSAP wurde 1933 als staatsfeindliche Organisation aufgelöst. Von ihr führten jedoch personelle und organisatorische Fäden zu der im Oktober des gleichen Jahres gegründeten Sudetendeutschen Heimatfront (SHF), die sich dann im Vorfeld der Parlamentswahlen vom Mai 1935 aus taktischen Gründen in „Sudetendeutsche Partei“ (SdP) umbenannte. In der SHF/SdP sammelten sich nicht nur genuine Nationalsozialisten; die Partei erfuhr vielmehr Zulauf von Wählern aus allen Richtungen der deutschen politischen Landschaft, die mit ihrem Votum der Enttäuschung über die deutschen Regierungsparteien, ihrer Hoffnung auf Besserung der wirtschaftlichen Lage, ihren antischechischen Ressentiments und ihren irredentistischen Sehnsüchten Ausdruck verliehen. Dies war die Voraussetzung dafür, daß die SdP in den Maiwahlen von 1935 einen erdrutschartigen Sieg verbuchen konnte: Mit etwa 66 Prozent aller deutschen Stimmen wurde sie nicht nur zur stärksten deutschen, sondern zur stärksten Partei in der ČSR überhaupt. Die Aufwärtsentwicklung der Organisation kulminierte nach dem „Anschluß“ Österreichs – im Juli 1938 gehörten ihr 1,3 Millionen Sudetendeutsche (44 Prozent der Volksgruppe) an – und fand nach der Annexion des Sudetenlandes ihr „natürliches Ende“ mit der Eingliederung in die NSDAP.

In ihrer kurzen Geschichte brachte es die SHF/SdP nie zu einem schriftlich fixierten, verbindlichen Programm. An dessen Stelle traten die Verlautbarungen der Spitzenfunktionäre, vor allem die Konrad Henleins, dessen Reden allerdings zum Teil nicht aus seiner eigenen Feder stammten bzw. zumindest einer redaktionellen Überarbeitung durch die Hauptleitung der Partei unterzogen wurden. Hinzu kamen die in großen Auflagen im Verlag des SdP-Hauptleitungsmitglieds K. H. Frank publizierten Propagandaschriften⁵. Nicht einmal in Kombination mit dem parteiinternen Schriftgut – Protokolle von Gremiensitzungen, Richtlinien, unveröffentlichte Manuskripte, Korrespondenz – liefern diese Quellen ein klares ideologisches Profil der SHF/SdP. Zu der taktisch motivierten Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung und die Staatsmacht einerseits, die parteiinternen Machtverhältnisse und die Heterogenität der Mitglieder und Anhänger andererseits kam die wachsende Abhängigkeit vom reichsdeutschen Nationalsozialismus – Umstände, die über das gewohnte Maß hinaus inhaltlicher Unbestimmtheit Vorschub leisteten. Gleichwohl zeichnen sich auf zentralen Politikfeldern zumindest ansatzweise ideologische Kontruren ab, die im Vergleich zum reichsdeutschen Nationalsozialismus Unterschiede, mehr aber noch Gemeinsamkeiten erkennen lassen.

1. Die Programmatik der SHF/SdP bestand im Kern aus der Legierung von Antimarxismus, Antiliberalismus, Antiindividualismus und Antikapitalismus, wie sie auch für den

⁴ Zur DNSAP vgl. Andres Luh, Die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei im Sudetenland: Völkische Arbeiterpartei und faschistische Bewegung, in: Bohemia 32 (1991), S. 23–38.

⁵ Vom Wesen und Werden der Sudetendeutschen Heimatfront, 4 Auflagen in den Jahren 1934–1935; Konrad Henlein spricht, 2 Auflagen im Jahre 1935; Walter Brand, Die geistigen Grundlagen unserer Bewegung, 2 Auflagen im Jahre 1935, 3 weitere Auflagen im Jahre 1937; Das Sudetendeutschum im Kampf, 1936; alle diese Bücher erschienen im Verlag K. H. Frank in Karlsbad.

Nationalsozialismus charakteristisch war; als „positives“ Leitbild präsentierte sie eine alle „Volksgenossen“ erfassende Volksgemeinschaft ohne Parteien- und Klassenkonflikte. Unmißverständlich war der Anspruch auf Ein- und Unterordnung des Einzelnen formuliert: Bereits der Gründungsaufruf der SHF proklamierte das Ziel einer Zusammenfassung aller „bewußt auf dem Boden der Volksgemeinschaft“ stehenden Deutschen⁶. Wer sich, so Henlein bald darauf, aus Selbstsucht weigere, der Volksgemeinschaft persönliche Opfer zu bringen, habe in ihren Reihen keinen Platz⁷. Die „straffe“ politische Leitung dieser „Volksgemeinschaft“ und die „Gleichrichtung“ partikularer Interessen in allen Lebensbereichen war Aufgabe der SHF/SdP, die sich nicht als Partei unter anderen, sondern als „Bewegung“ mit dem Anspruch auf Unterordnung begriff. Eine grundstürzende Umgestaltung der sudetendeutschen Gesellschaft zur „Volksgemeinschaft“⁸ setzte nicht nur organisatorische Veränderungen, sondern auch eine neue geistige Grundhaltung voraus, die Henlein mit dem vorerst noch diffusen Begriff „deutsche Weltanschauung“ bezeichnete. Ob er hierunter bereits damals den Nationalsozialismus verstand, wie das im April 1938 dann eindeutig der Fall war, muß dahingestellt bleiben⁹.

Sind diese Charakteristika ein Indiz für die Geistesverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus, so war die Affinität zu der „universalistischen“ Weltanschauung des Wiener Philosophen Othmar Spann zumindest anfänglich ein autochthones Element der Programmatik. Unter dem Einfluß des Universalismus betonte die SHF/SdP zunächst stärker als der Nationalsozialismus den ständischen Gedanken. Der Primat des „Standes“ über die „Klassen- und Kastenschichtung“ sollte die sozialen Interessengegensätze überwinden¹⁰. Praktisch fand dies seinen Ausdruck darin, daß die SHF/SdP auf allen Organisationsebenen vom Ort über den Bezirk und den Kreis bis zum Gesamtverband neben der politischen auch über eine ständische Organisation für die – 1935 – drei Stände Arbeiterschaft, Bauern, Handel und Gewerbe verfügte¹¹. Im Unterschied zu Spann und ähnlich wie die NSDAP beharrte die SdP jedoch immer auf dem Primat der politischen Führung: Das Gremium der Vorsitzenden der Standesgruppen auf jeder Ebene, das einen „gerechten Ausgleich“ widerstreitender Interessen anstrebte, fungierte nur als beratendes Organ¹². Dieses Gliederungsprinzip wurde 1937 zuerst de facto aufgehoben und verschwand im April 1938 auch aus den Satzungen.

Durch die spezifische Lage des Sudetendeutschstums im tschechoslowakischen Staat wurde die Idee der „Volksgemeinschaft“ in charakteristischer Weise abgewandelt. Dieser Begriff bezeichnete im gegebenen Kontext nämlich nicht in erster Linie die „Gemeinschaft aller Deutschen“, sondern nur die gegen die Tschechen geeinte, in der ČSR um ihren „nationalen Besitzstand“ kämpfende Volksgruppe. Das nationalsozialistische Leitbild der „gelenkten Wirtschaft“ unter dem Primat der politischen Führung konkretisierte sich denn auch folgerichtig als „Deutscher Volkswirtschaftskörper“, als „Wirtschaft in der Wirtschaft“ der Tschechoslowakei. Die Minderheitenposition der Deutschen verschaffte der Partei auch eine zusätzliche Legitimation für die von ihr in der Volksgruppe in An-

⁶ Aufruf Henleins vom 1.10. 1933, in: Konrad Henlein spricht, Karlsbad 1934, S. 5.

⁷ Rede Henleins am 8.10. 1933, in: Konrad Henlein spricht, S. 12.

⁸ Konrad Henlein spricht, S. 6.

⁹ Státní ústřední archiv, Prag (SÚA), Bestand: Sudetendeutsche Partei (SdP), Karton 68, 39 BdL 1934/38/1, Henlein an Spina, 14.10. 1933.

¹⁰ Rede Henleins am 8.10. 1933, in: Konrad Henlein spricht, S. 11.

¹¹ Rundschau vom 22.7. 1935.

¹² Die Satzungen der „Sudetendeutschen Heimatfront“, Karlsbad 1934, S. 33.

spruch genommene führende Rolle: Sie war „Speerspitze des Volkstumskampfes“. Dem tschechischen Volk müsse es lieber sein, den sudetendeutschen Stamm „unter einer klaren Führung“ zu sehen, denn dort, wo das Volk „geschlossen und durchorganisiert“ dastehe, könne man verbindlich „von Volk zu Volk“ sprechen¹³.

In all diesen Fällen handelte es sich offensichtlich nur um situationsbedingte Variationen der ideologischen Grundthemen des Nationalsozialismus, nicht um prinzipielle Divergenzen. Eine solche könnte man höchstens in der auffallend geringen Rolle erblicken, den der Antisemitismus in der Propaganda der Partei spielte; auch gab es – zumindest auf dem Papier, d. h. in den Satzungen – keinen „Arierparagraphen“. Eine plausible Erklärung für diese Tatsache lässt sich schwerlich finden, zumal Äußerungen der Parteiführung zur „Rassenproblematik“ praktisch nicht vorliegen. In einem Interview mit „La Stampa“ 1935 etwa übergang Henlein die hierauf zielende Frage mit Stillschweigen¹⁴. Eine Ursache für das Zurücktreten des Antisemitismus könnte man etwa im Einfluß Spanns oder auch dem des italienischen Faschismus suchen. „Der Tscheche“ war auch nicht das Äquivalent zum „Juden“ in seiner Funktion als „Sündenbock“: Diese sozialpsychologische Hypothese greift deshalb zu kurz, weil sich die zweifellos vorhandene Geringschätzung gegenüber den Tschechen „nur“ aus dem Bewußtsein einer angeblichen „kulturellen Überlegenheit“ speiste; von rassistischen Konnotationen war sie frei. Erst die letzte Phase der Parteigeschichte zeigte dann, daß der rassistische Antisemitismus in die völkische Gedankenwelt der Partei problemlos einzubauen war.

2. Autoritäre, ja diktatorische Züge waren in der Organisation der SHF/SdP wohl vorhanden, wenn auch, im Vergleich zum Nationalsozialismus, abgeschwächt. Der Aufbau der „straff geführte(n) Organisation des Sudetendeutschstums“, die in Henleins Augen unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung der „neuen Partei“ war, wurde sofort nach der Gründung in Angriff genommen. Die 1934 veröffentlichten Satzungen weisen mit ihrem Ineinander von Wahl-, Ernennungs- und Führerprinzip eine Mischung demokratischer und autoritärer Elemente auf: Einerseits wurden die Leiter der untersten Stufe von den Mitgliedern der Ortsgruppe, Bezirks- und Kreisleiter durch die Amtsträger der jeweils nächstniedrigen Ebene gewählt. Andererseits „erwählte und entließ“ jeder Leiter seine Mitarbeiter; diese bildeten zusammen mit ihm die Leitung der jeweiligen Organisationsebene, die als „Beratungs-, Beschuß- und Durchführungsorgan“ fungierte. Weiterhin kam im Interesse der „Stabilität von oben“ das Recht der Abberufung von Funktionären ausschließlich den übergeordneten Leitern zu. Leiter konnten ihr Amt zudem nur dann antreten, wenn die übergeordnete Ebene nicht binnen 15 Tagen nach Kenntnisnahme der Wahl Einwände erhob. Die Verteilung der Gewichte bildete sich auch in der unterschiedlichen Länge der Amtsperioden ab: Auf Orts- und Bezirksebene wurde jedes Jahr, auf Kreisebene alle zwei Jahre gewählt, während der Parteivorsitzende alle drei Jahre zur Wahl anstand. Die Ortsleitung konnte „dauernd oder zeitweise“ ihre Rechte dem Ortsleiter übertragen.

Der „Führer der Sudetendeutschen Heimatfront“ hatte eine besonders starke Stellung, denn er konnte laut Statuten nicht abberufen werden. Henlein hatte sich 1933 aufgrund eigener Machtvollkommenheit an die Spitze der Bewegung gestellt¹⁵; in der einzigen dann stattfindenden Wahl im Jahre 1936 wurde er mit 3506 bei drei Gegenstimmen bestä-

¹³ SÚA, SdP, Karton 68, 39 BdL 1934–38/1, Henlein an Spina am 14.10. 1933.

¹⁴ Text des Interviews in: SÚA, SdP, Karton 3, KH 1933–38/6.

¹⁵ Aufruf Henleins vom 1.10. 1933, in: Konrad Henlein spricht, S. 5.

tigt¹⁶. Auch in anderen Punkten prägte das Führerprinzip die Statuten: So waren etwa Beschwerden gegen Entscheidungen des Vorsitzenden ausgeschlossen. Henlein trug den Titel „Führer der SHF“, von dem er vermutlich nur aus Rücksicht auf Hitler – bzw. um in der tschechischen Öffentlichkeit nicht mit diesem identifiziert zu werden – zurückhaltend Gebrauch machte. Letzteres dürfte übrigens auch der Grund dafür gewesen sein, daß das Führerprinzip in den frühen programmatischen Verlautbarungen der Partei nicht expressis verbis auftauchte. Als Henlein im Herbst 1934 in einem Interview mit dem „Venkov“, dem Organ der Tschechischen Agrarier, gar behauptete, über keinerlei Entscheidungskompetenzen zu verfügen, erhob sich in der SHF Befremden über diese Absage an „den Grundpfeiler unserer Partei“¹⁷.

Nach dem Wahlsieg von 1935 wurde das Führerprinzip deutlicher akzentuiert und das Verhältnis zwischen „Führer“ und „Gefolgsmann“ als Treueband, beruhend auf der gemeinsamen Idee, gefaßt¹⁸. Schulungsmaterialien der Partei vom November 1935 legitimierten die unbedingte Autorität der Führung damit, daß diese immer „nur auf Grund der Lebensnotwendigkeiten des Volkes“ entscheide und nur Geschlossenheit und Unterordnung Erfolg im politischen Kampf verhießen. Führung und Gefolgschaft seien den Deutschen zutiefst wesensgemäß; eine „straffe deutsche Organistion“ sei angesichts der ungeheueren Not im sudetendeutschen Gebiet „für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung geradezu unentbehrlich“¹⁹.

An der Spitze der Partei funktionierte das Führerprinzip allerdings auch jetzt nur recht und schlecht. Dies mag damit zusammenhängen, daß die meisten Mitglieder der Hauptleitung sich aus dem Kameradschaftsbund rekrutierten, einem elitären Geheimbund von Intellektuellen, in dem das Führerprinzip kaum Fuß gefaßt hatte. Hinzu kamen wohl auch mangelnde Führungsqualitäten Henleins, zu dessen engstem Mitarbeiterkreis nicht wenige ihm an Erfahrung, Intellekt und Dynamik überlegene Persönlichkeiten zählten. Daß Henlein dies wußte, zeigen die Sitzungen der Hauptleitung, deren mehr oder weniger kollektive Entscheidungen mit der Führer-Autorität nur bemängelt wurden²⁰. Ein weiterer Grund liegt natürlich darin, daß mit der wachsenden Abhängigkeit vom Nationalsozialismus immer weniger Platz für „regionale“ Führer blieb. Henleins Autorität war in dieser Hinsicht keine originäre Größe, sondern von Hitlers Charisma abgeleitet. Henlein war allerdings immer eine unentbehrliche Symbol- und Integrationsfigur, wie sich etwa im Wahlkampf von 1935 zeigte, obwohl er nicht einmal selbst kandidierte. Um die Kontinuität zwischen SHF und SdP zu veranschaulichen, wurde sein Name sogar offizieller Bestandteil des Parteinamens, der nun „Sudetendeutsche Partei, Vorsitzender Konrad Henlein“ lautete. Auf Henlein setzten im Interesse der Stabilität im übrigen auch die maßgebenden Partiestellen²¹ im Reich, die im Zuge der internen Auseinandersetzungen des Früh-

¹⁶ Novák, Henleinovci, S. 94. Der Vorsitzende der SHF wurde durch eine Versammlung aller Orts-, Bezirks- und Kreisleiter sowie Mitglieder der Hauptleitung, die er übrigens selbst bestimmte, gewählt.

¹⁷ SÚA, SdP, Karton 4, KH 1934–38/7, Brief der Kameraden des Reichenberger Bezirkes vom 10.10. 1934.

¹⁸ Rede Brands am 2.6. 1935, in: Walter Brand: Die geistigen Grundlagen unserer Bewegung, Karlsbad 1935, S. 13.

¹⁹ SÚA, SdP, Karton 30, 15 AA SCHF 1935–37/1, Was will die SdP, Grundsätze und Forderungen der sudetendeutschen Einheitsbewegung, 7.11. 1936.

²⁰ Ronald M. Smelser: Die Henleinpartei. Eine Deutung, in: Karl Bosl (Hg.), Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat, München u. Wien 1979, S. 187–201, S. 191.

jahrs 1936 allein diesem „Satrapen“ „das volle Vertrauen jetzt und für die Zukunft bedingungslos“ aussprachen²¹.

3. Die Gretchenfrage war in den Augen tschechischer wie deutscher politischer Beobachter die Einstellung der SHF/SdP zum nationalsozialistischen Deutschland. Ihre Solidarität mit dem „deutschen Mutterland“ hatten die sudetendeutschen Parteien seit 1918 durchwegs betont; auch im Gründungsaufruf der SHF vom Oktober 1933 fehlte deshalb das Bekennen zur „deutschen Kultur- und Schicksalsgemeinschaft“ nicht²². Um eine eindeutige Antwort auf die Frage nach der Haltung der SdP zur „nationalen Erhebung“ im Reich drückte sich die Partei jedoch. Ein Indiz hierfür war die Geschichte der Programmrede Henleins in Böhmischem Leipa im Oktober 1934: Deren Urfassung schwelgte in Formulierungen à la „Überwindung des Liberalismus, des öden Materialismus, des vernichtenden Kapitalismus, des marxistischen Klassenkampfes“. Auch mit dem Antisemitismus beschäftigte sich der Text und machte in bewährter Manier für diesen die Juden selbst verantwortlich. Da diese Topoi, ebenso wie die Rede vom „sudetendeutschen Lebensraum“, verdächtige Anklänge an ideologische Kernformeln des Nationalsozialismus aufwiesen und trotz aller genereller Bekundungen der Ablehnung die Entwicklung im Reich in einigen Punkten doch positiv gezeichnet wurde²³, sprach sich die Hauptleitung dafür aus, klar gegen den „Imperialismus“, den „Faschismus“, den „Faschismus im Nationalsozialismus“ und für die Demokratie Stellung zu nehmen. Beschllossen wurde, in diesem Sinne die Erklärung neu zu fassen²⁴.

Die Umarbeitung des Textes löste die Probleme jedoch nicht. Wie der deutsche Gesandte Koch nach Berlin berichtete, nahmen Presse und Behörden die wohlklingenden Bekennen zu Demokratie und „Liberalität“, d. h. zur Achtung des selbstverantwortlich handelnden Individuums und seiner Rechte²⁵, zum tschechoslowakischen Staat sowie die Absage an den Nationalsozialismus misstrauisch auf. „Nur ein Narr“, so etwa das „České slovo“, könne den „Einfluß des Hitlerismus übersehen“. Koch selbst bewertete die Rede zwar als „Verzichtsleistung auf den großdeutschen Gedanken“, gab jedoch zu bedenken, ob eine solche „angesichts des über seiner (gemeint: Henleins, die Verf.) Bewegung stets schwelbenden Damoklesschwertes der Auflösung“ überhaupt zu vermeiden gewesen wäre²⁶. Auf der anderen Seite waren bereits vor Leipa aus Kreisen der Partei Proteste gegen Henleins demonstrative Loyalitätsbekundungen gegenüber dem tschechoslowakischen Staat laut geworden, welche „weit das noch mit deutscher Ehre und Würde in Einklang zu bringende Maß“ überstiegen²⁷.

²¹ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie C, Bd. V/2, Dokument Nr. 364, S. 567, Legationsrat Renthe-Fink an die Gesandtschaft in Prag.

²² Aufruf Henleins vom 1. 10. 1933, in: Konrad Henlein spricht, S. 5.

²³ SÚA, SdP, Karton 1, KH 1933–35/1, Ursprüngliche Fassung der Rede Henleins. Die Autoren der Rede waren der Chefredakteur der „Morgenpost“, H. Stief, und die Hauptleitungsmitglieder H. Neuwirth und K. H. Frank. Der Abschnitt über die Unterschiede zwischen der SHF und dem Nationalsozialismus, der von Neuwirth stammte, wurde gegen den Protest Franks in die Endfassung aufgenommen: Vgl. Novák, Henleinovci, S. 43.

²⁴ SÚA, SdP, Karton 7, 2K-KH 1934–37/4, Protokoll der Hauptleitungssitzung am 20. 9. 1934.

²⁵ Rede Henleins am 21. 10. 1934, in: Konrad Henlein spricht, S. 23.

²⁶ Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag, Bd. IV, München 1991, S. 158–159, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, 22. 10. 1934. Siehe auch ebd. S. 162 f., Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, 23. 10. 1934.

²⁷ SÚA, SdP, Karton 4, KH 1934–38/7, Brief der Gruppe der Aufrechten in der SHF „Konrad Henlein hat uns verraten“, 18. 10. 1934. Der Brief reagierte auf Henleins Ausführung in Interviews für die tschechische agrarische Presse.

Daß die SHF/SdP sich dann trotzdem bis 1938 zu – wenn auch halbherzigen und vagen – Bekenntnissen zur demokratisch-republikanischen Staatsform der Tschechoslowakei genötigt fühlte, mag zum einen mit dem permanent drohenden Verbot, zum anderen mit der erwähnten Heterogenität ihres Anhangs zu tun gehabt haben. Die Anbahnung enger Kontakte zwischen der SHF/SdP und dem Reich, die Anfang 1935 mit Verhandlungen über eine finanzielle Unterstützung im Wahlkampf begann, wurde durch all diese Winkelzüge und Vorbehalte offensichtlich nicht gestört. Für die Kampagne stellte das Reich über 330 000 RM (3 Millionen Kronen) zur Verfügung²⁸. Diese Hilfe war natürlich nicht die Hauptvoraussetzung von Henleins überwältigendem Wahlsieg, kann aber auch nicht bagatellisiert werden. Nach den gewiß unvollständigen Angaben²⁹ über die Spenden aus der Wirtschaft und aus anderen Quellen läßt sich der von der Partei für den Wahlkampf aufgebrachte Betrag auf vielleicht eine Million Kronen ansetzen; die Hilfe des Reichs war also keineswegs unbedeutend. Das gleiche traf zu für die im Herbst 1935 verabredete, von der Prager Gesandtschaft bis August 1938 regelmäßig ausbezahlte Unterstützung in der Höhe von 30 000 RM monatlich, die der Parteiarbeit und der im Oktober 1935 neugegründeten Tageszeitung „Die Zeit“ zugutekam³⁰. Überhaupt gestaltete sich seit den Wahlen das Verhältnis zum Reich immer positiver, und im Juni 1936 konnte Henlein selbstbewußt formulieren: „Ich will eher mit Deutschland gehaßt werden, als daß ich aus dem Hasse gegen Deutschland Vorteile zöge.“³¹

III.

Ende 1937 hatte Henlein beteuert, das Sudetendeutschland sei bereits „ausgerichtet“ und die SdP selbst bekenne sich zum Nationalsozialismus, auch wenn sie dies nicht öffentlich deutlich machen könne; er mußte jedoch zugeben, daß immer noch sudetendeutsche Parteien, Verbände und Gewerkschaften existierten, die die Führungsrolle der SdP nicht anerkannten³². Auch war der Prozeß der Verschmelzung von Anhängern und Mitgliedern der Partei aus verschiedensten politischen Lagern keineswegs abgeschlossen. Erst die Internationalisierung der „Sudetenfrage“ und der „Anschluß“ Österreichs, die eine Angliederung der Sudetengebiete an das Reich als eine realistische Aussicht für die nahe Zukunft erscheinen ließen, waren dann im Frühjahr und Sommer 1938 der Auslöser für einen sich geradezu überstürzenden Prozeß der Nazifizierung der sudetendeutschen Wirtschaft und Gesellschaft. Diese „Vervolksgemeinschaftung“ unter den länger werdenden Schatten des Reiches und unter dem Vorzeichen einer weitgehenden Abdankung der tschechoslowakischen Staatsmacht erinnert mit ihrer Mischung von naiver Massenbegeisterung, Opportunismus und vorlaufendem Gehorsam, von Gewalt und Terror in vielem an die Machtergreifung im Reich. Auch die Partei selbst verwandelte sich im Zuge dieser Entwicklung ganz offen in eine nationalsozialistische Organisation.

Henlein hatte sich bereits am 28. Februar 1937 in Aussig zu „Volkstum“ und „Deutsch-tum“ als höchsten menschlichen Werten bekannt und die Anerkennung der Selbstverwal-

²⁸ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (PA), R 30 502 k, Henlein unterzeichnete eine nachträglich, am 28.8. 1935 ausgestellte Empfangsbescheinigung.

²⁹ Novák, Henleinovci, S. 60 bzw. S. 96.

³⁰ PA, R 30502 k, Aufzeichnung von Renthe-Fink, 3.10. 1935; Empfangsbescheinigungen über einzelne Zahlungen zwischen Mai 1936 und August 1938 vgl. PA, Gesandtschaft Prag, A II geheim Bd. 2.

³¹ SÚA, SdP, Karton 2, KH 1936/3, Rede Henleins am 21.6. 1936.

³² ADAP, Serie D, Bd. II, Dokument Nr. 23, S. 45 bzw. 47, Henlein an von Neurath vom 19.11. 1937, Anlage: Bericht für den Führer.

tung innerhalb der jeweiligen Volkstumsgrenzen gefordert³³. Dieses Konzept einer Eingliederung aller Staatsbürger in Körperschaften des öffentlichen Rechts auf der Basis nationaler Kataster, der Autonomie der Volksgruppe und einer nationalen Sektionierung der Zentralbehörden wäre im Endergebnis sicherlich auf einen deutschen Staat im tschechoslowakischen Staate hinausgegangen³⁴. Die Ende April 1937 in die politische Diskussion eingebrachten Entwürfe von „Volksschutzgesetzen“ fußten auf dieser Konzeption³⁵.

Die eigentliche Zäsur zur letzten Phase der Entwicklung aber war im November 1937 ein Brief Henleins an Hitler, in dem offen von einer „Einverleibung des sudetendeutschen Gebietes, ja des ganzen böhmisch-mährisch-schlesischen Raumes in das Reich“ die Rede war³⁶. Im Februar 1938 proklamierte Henlein den „totalen Verteidigungskampf“ der Volksgruppe und forderte im typisch nationalsozialistischen „Gemeinnutz-vor-Eigennutz-Jargon“ die „Ausrichtung“ auch der angeblich unpolitischen Bereiche des Volkslebens³⁷. Diese „Aufgabe“ wurde nun zügig in Angriff genommen. Die nationalsozialistische Durchdringung der sudetendeutschen Gesellschaft vollzog sich seit dem „Anschluß“ in einer von offenem Terror geprägten Atmosphäre des Ausnahmezustandes. Die massenhaft in die Partei eintretenden neuen Mitglieder waren teilweise auch mit Drohungen gegen Leib und Leben „geworben“ worden. SdP-Patrouillen nahmen eigenmächtig Haussuchungen vor. Die Partei organisierte im Zusammenspiel mit reichsdeutschen Funktionären staatsfeindliche Kundgebungen und ignorierte das Verbot öffentlicher Aufmärsche, ihre Propaganda hielt nach deutschem Muster die Öffentlichkeit pausenlos unter Druck. Das Straßenbild der Städte im deutschen Gebiet ähnelte aufgrund der Beflaggung und der öffentlich angetragenen NS-Parolen und -Embleme dem der Städte im Reich. Der „von der Propaganda der SdP mitgerissene Teil der Bevölkerung“ befand sich, so das Resümee einer Denkschrift der Deutschen Sozialdemokraten, „psychologisch bereits außerhalb der Grenzen der Republik“, und der sozialdemokratische Abgeordnete Taub bescheinigte Anfang Mai den Anhängern der SdP eine „ganz außergewöhnliche Zuversicht auf den Endsieg, das heißt den Einmarsch der deutschen Truppen“, dem, so die Hoffnung im „einfachen Volk“, die materielle Besserstellung folgen werde. Mitte April schon hatten sozialdemokratische Beobachter festgestellt, in SdP-Kreisen herrsche – „nicht nur geflüstert“ – der Glaube, „daß die Autonomie zur Ausschaltung jedes anderen politischen Einflusses benutzt werden soll“ und das Übergangsstadium zur Gleichschaltung mit Deutschland sein werde³⁸. Mitte Mai wurde, ohne daß die Behörden dies verhindert hätten, zur Gründung des FS („Freiwilliger Selbstschutz“) nach dem Vorbild der SS aufgerufen. Diese auf den Bürgerkrieg trainierte

³³ „Völkische Selbstverwaltung für das Sudetendeutschland!“, Rede Henleins am 28.2. 1938, in: Konrad Henlein, Heim ins Reich, hg. v. Ernst Tscherne, Reichenberg 1939, S. 7–21.

³⁴ ADAP, Serie C, Band 6/1, Dokument Nr. 240, S. 519, Aufzeichnung des Gesandten von Erdmannsdorff vom 2.3. 1937.

³⁵ Die Gesetzesanträge der Sudetendeutschen Partei, Karlsbad-Leipzig 1937. Entwurf am 27.4. 1937 überreicht vom Parlamentarischen Klub der SdP i. A. Henleins, gemäß der bei der Haupttagung am 28.2. 1937 in Aussig verkündeten Thesen. Joseph Gmelch, Die Gesetzesanträge Konrad Henleins vom April 1937, Würzburg 1940.

³⁶ ADAP, Serie D, Bd. II, Dokument Nr. 23, S. 45 bzw. 47, Henlein an von Neurath vom 19.11. 1937, Anlage: Bericht für den Führer.

³⁷ SÚA, SdP, Karton 2, KH 1937-4/21, „Appell“ Henleins an die sudetendeutsche Wirtschaft auf der Wirtschaftstagung der SdP am 6.2. 1938. Leitsätze der Wirtschaftspolitik der SdP, Karlsbad-Leipzig 1938, S. 1–26.

³⁸ Archiv Kanceláře prezidenta republiky, Prag (AKPR), D 13 444/38, Karton 144, von Taub gesammelte Stimmungsberichte, hier aus Tachau, 14.4. 1938.

Truppe provozierte nach dem Vorbild der „Reichstagsbrand-Taktik“ „Zwischenfälle“, um die „Voraussetzungen für das In-Gang-Kommen der NS-Dynamik“ zu schaffen. Die Gemeindewahlen fanden in einer emotional aufgeladenen Stimmung statt. Propaganda, aber auch die Einschüchterung gegnerischer Wahlhelfer und Kandidaten sowie unmittelbare Wahlbeeinflussung machten die SdP-Ergebnisse von über 90 Prozent erklärlich. Die Behörden und die deutschen demokratischen Parteien waren machtlos. Staatspolizei und Gendarmerie waren zu schwach, um gegen Gesetzesverstöße bzw. zum Schutz deutscher Demokraten einzuschreiten. Manche staatliche Organe übten aber auch, so die zitierte Denkschrift der Sozialdemokraten, eine „Benevolenz“, die gegen die wohlverstandene Staatsräson verstößt. Neben Voreingenommenheit gegen die Arbeiterbewegung spielten bei der Zurückhaltung der Behörden gerade in den kritischen Wahlwochen, als die SdP unverhüllt staatsfeindlich aufgetreten war, außenpolitische Rücksichten eine Rolle³⁹.

Mit Zuckerbrot und Peitsche gelang auch der Einbruch in die Wirtschaft. Nicht mit Henlein sympathisierende Unternehmer und Gewerbetreibende, die sich der Gleichschaltung widersetzen, wurden boykottiert und gesellschaftlich isoliert⁴⁰. Oft waren die SdP-Anhänger in den Belegschaften die treibende Kraft der Nazifizierung. Dies galt insbesondere für die Angestellten, die – oft mit dem stillschweigenden Einverständnis von Eigentümern und Direktoren – Agitation für die Partei betrieben⁴¹. Solche Aktivitäten fanden sogar in Betrieben jüdischer oder tschechischer Inhaber statt. Ein Erlass der Regierung gegen „wirtschaftliche Unterdrückung“ vom 13. Mai 1938 verpuffte wirkungslos, ja die Zahl der einschlägigen Fälle nahm in der Folgezeit sogar noch zu⁴². Praktisch alle großen Betriebe im Grenzland, auch die von tschechischem Kapital beherrschten, sah die tschechische Presse Anfang Juli als Hort staatsfeindlicher Umtriebe⁴³.

Die Wirtschaftskrise tat das ihre, den Widerstand zurückzudämmen. Die Arbeiter seien, so sozialdemokratische Stimmen, bei der immensen Arbeitslosigkeit gezwungen, „die Waffen zu strecken oder als Judas zu handeln“, d.h. „zum Schein“ der SdP beizutreten, um der Drohung mit der Entlassung oder der Aufnahme in die angeblich bereits angelegten Schwarzen Listen zu entgehen. Das „Modell Deutschland“, wo die Löhne, ja sogar die Arbeitslosenunterstützung wesentlich höher waren als in der Tschechoslowakei, übte zweifellos eine Sogwirkung aus. Beim Antritt eines Beschäftigungsverhältnisses auf der anderen Seite der Grenze wurde allerdings der Nachweis der SdP-Mitgliedschaft verlangt⁴⁴.

³⁹ Institut für Zeitgeschichte, NG 4381, 386678f., Eisenlohr an AA, 1.4. 1938. AKPR, D 13 444/38, Karton 144, Taub an Sobota, 6.5. 1938, mit Bericht aus Neudeck vom 3.5. 1938 in der Anlage. Taub an Sobota, 7.5. 1938, mit Bericht aus Böhmis-Leipa vom 3.5. 1938 in der Anlage. Denkschrift der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, auf der Grundlage der Berichte auf einer Tagung der Sozialdemokraten mit anderen Koalitionsparteien, am 9.6. 1938 an Minister Mlčoch übersandt. SOPADE vom 5.8. 1938, „Nachtrag“, S. 833 ff.

⁴⁰ Archiv ministerstva zahraničních věcí (AMZV), sekce III, Karton 609, č.j. 127 229, Hubert Ripka, Henleinovská autonomie v praxi, eine vom Außenministerium verantwortete Aufklärungsschrift.

⁴¹ SÚA, Ministerstvo průmyslu, obchodu a živnosti (MPOŽ), Karton 196, p 2301/37-2, Bericht der Parlamentarierdelegation der Kommunistischen Partei vom 30.4. 1938. AKPR, D 13 444/38, Karton 144, Taub an Sobota, 7.5. 1938.

⁴² SÚA, MPOŽ, Karton 249, p 4126/35-40, Präsidium des Ministerrats (PMR) an alle Ministerien, 13.5. 1938.

⁴³ Večerník Práva lidu, 11.7. 1938.

⁴⁴ AKPR, D 13 444/38, Karton 144, von Taub gesammelte Stimmungsberichte, hier Sonnberg 6. u. 24.4. 1938. SÚA, MPOŽ, Karton 196, p 2301/37-2, Sozialdemokratische Denkschrift gegen den Ausnahmezustand.

Zu der allenthalben in Gang gekommenen Formierung und Unterwerfung der sudetendeutschen Gesellschaft lieferte der am 23./24. April auf der Karlsbader Amtswaltertagung in acht Punkten vorgelegte Forderungskatalog der SdP nachträglich noch einmal das Programm⁴⁵. Zentral war hier Henleins Forderung nach „volle(r) Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung“. Der Nationalsozialismus habe die Wiedergeburt des deutschen Volkes eingeleitet und das Leben der gesamten Nation geordnet, als deren Teil die Sudetendeutschen, ungeachtet der Staatsgrenzen, sich verständen. Die Partei erklärte sich zur Volksorganisation, „der jeder, der sich dem Volke verpflichtet fühlt, [...] angehören muss“⁴⁶. Fritz Köllner, der Organisationsleiter der SdP, konstatierte, diese habe nun den „aufgezwungenen Parteirahmen gesprengt“. Dieser sei ohnehin nie Selbstzweck, sondern immer nur der organisatorische Rahmen der Bewegung gewesen und werde nun durch die sudetendeutsche „Volksorganisation“ ersetzt. Köllner proklamierte die „Ausrichtung“ aller Lebensbereiche im Sudetendeutschland und das Ende des „Spuks“ der Unterscheidung einer politischen von einer unpolitischen Lebensphäre⁴⁷. Unter dem Druck dieses Anspruchs unterstellten sich eine lange Reihe politischer und unpolitischer Verbände der Partei⁴⁸. Satzungsänderungen kodifizierten nun die zum Teil schon vollzogenen Veränderungen wie den „in der Praxis bereits durchgeführte(n) Arierparagraph(en)“ und die Abschaffung des ständischen Aufbaus der Organisation im Jahr 1937. Eine ebenfalls bereits in Kraft befindliche „Kameradschaftsordnung“, die „die ständige und lebendige Verbindung der Dienststellen der höheren Gliederungen bis hinunter in den einzelnen Haushalt des entferntesten Gebirgsdorfes“ sicherstellen sollte, gliederte die Ortsgruppen bis zu den „kleinsten Zelle(n) der Volksgemeinschaft“, den Sprengeln, Kameradschaften und Haushalten hinunter⁴⁹.

„Karlsbad“ war auch die endgültige Absage an die Linie der aktivistischen Parteien. Der Minderheitenschutz sei, so Henlein, gänzlich ungenügend; das Sudetendeutschland werde sich nun auch nicht mehr mit einem „Minderheitenstatut“ abfinden. Henlein reklamierte stattdessen eine konsequente, alle Lebensbereiche umfassende „völkische Autonomie“ und läutete mit dem Ruf nach Entschädigung für alle seit 1918 am „nationalen Besitzstand“ erlittenen Verluste eine aggressive „Rekuperationspolitik“ ein. Die Autonomiekonzeption beinhaltete die Abgrenzung eines deutschen Siedlungsgebiets und die Aufteilung der legislativen und administrativen Kompetenzen des Gesamtstaates zwischen dessen Organen und der völkischen Selbstverwaltung. Das Budget war national zu gliedern, in der Zentralverwaltung sollten die Stellen nach dem nationalen Proporz besetzt werden, in den Ministerien waren nationale Sektionen einzurichten.

„Karlsbad“ war in Prag unannehmbar, weil es den Zerfall der ČSR bedeutet hätte. Das von der SdP offensichtlich bewußt ins Kalkül gezogene Scheitern der Autonomieverhandlungen stand bereits unter der Zielperspektive der Vereinigung aller Deutschen in einem

⁴⁵ AKPR, D 1016, Karton 130, Skizze zur Neuordnung der innerstaatlichen Verhältnisse auf Grundlage der 8 Punkte aus der Rede des Vorsitzenden der Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, in Karlsbad am 24. April 1938, undat., an Ministerpräsident Hodža überreicht am 7. 6. 1938.

⁴⁶ Rede Henleins („Wir wollen nur als Freie unter Freien leben!“), Haupttagung der SdP am 23./24. 4. 1938 in Karlsbad, in: Der Lebenswille des Sudetendeutschlands, Karlsbad-Leipzig 1938, S. 63–94.

⁴⁷ Rede Fritz Köllners („Die Ausrichtung der Bewegung“), Haupttagung der SdP am 23./24. 4. 1938 in Karlsbad, in: ebd. vor allem S. 55 f., S. 60f.

⁴⁸ SÚA, MPOŽ, Karton 196, p 2301/37-2, Denkschrift über den Ausnahmezustand im deutschen Gebiet, am 9. 6. 1938 von Taub an Handelsminister Mlčoch übersandt.

⁴⁹ Rede Köllners auf der Haupttagung in Karlsbad, 23.–24. 4. 1938, in: Lebenswille, S. 58 bzw. S. 60–61.

großdeutschen Machtstaat, unter der nun auch die Sudetenwirtschaft bereits als Teil einer autarken „deutschen Großraumwirtschaft“ begriffen wurde.

Für die Zeit nach der Annexion des Sudetenlandes müßten zwei gegenläufige Entwicklungslinien verfolgt werden: Zum einen die Fortführung und der Abschluß der Gleichschaltung, insbesondere die Eingliederung der SdP in die NSDAP und die Zerschlagung der neben der SdP noch existierenden Parteien, die Auflösung der Verbände und Gewerkschaften bzw. ihre „Überführung“ in die einschlägigen nationalsozialistischen Einheitsorganisationen. Die Verfolgung der verbliebenen politischen Gegner konnte sich jetzt zudem des ungehemmten Terrors der nationalsozialistischen Staatsmacht bedienen. Zu fragen wäre aber auch, ob es unter dem „Mantel der Einheit“ nicht eine Kontinuität sudeten-spezifischer Sonderentwicklungen gab. Dies hätte die Forschung allerdings erst in empirischer Kleinarbeit zu erweisen, denn das Sudetenland zwischen 1938 und 1945 ist bis heute weitgehend terra incognita.

Cornelia Wilhelm

„Deutschamerika“ zwischen Nationalsozialismus und Amerikanismus

Als Gravitationszentrum einer globalen, blutsgebundenen und von Staatsgrenzen unabhängigen Volksgemeinschaft griff der nationalsozialistische Staat weit über Europa hinaus. Bindeglied und gleichzeitig Rechtfertigung für ein nationalsozialistisches Überschreiten staatlicher Grenzen und ein regionales Ausgreifen nach Übersee, stellten die dort lebenden Volks- und Auslandsdeutschen dar. Als argumentatorische Basis für eine organisatorische und politisch-emotionale Anbindung deutscher Volksgruppen in Übersee diente der NSDAP das Recht jeder ethnischen Gruppe auf kulturellen Individualismus. In besonders diametralem Gegensatz stand der nationalsozialistische Volksbegriff einer schicksalhaft blutsgebundenen Herkunft zum pluralistischen und multiethnischen Selbstverständnis der US-amerikanischen Nation, die jeder ihrer Einwanderergruppen die größtmögliche Freiheit zur Verwirklichung ihrer kulturellen Identität einen weiten Spielraum ließ¹. Unter dem Vorwand, nichts anderem als dem Recht zur Wahrung der individuellen Kultur Vorschub zu leisten, bemühte sich die nationalsozialistische Volkstumspolitik vom Zentrum Deutschland aus, das „Deutschtum“ in Amerika politisch an das Reich zu binden und gesellschaftlich aus dem „Schmelziegel“ herauszulösen.

Die Absicht einer Re-nationalisierung und organisatorischen Anbindung deutschstämmiger Amerikaner seitens der Nationalsozialisten beruhte auf der gravierenden Unkenntnis der amerikanischen Gesellschaft, des Akkulturationsprozesses und -willens der Deutsch-amerikaner. Der Willen der Amerikaner, ihre politischen Ideale sowie ihr staatliches Selbstverständnis zu verteidigen, wurde von den Nationalsozialisten grundlegend unterschätzt.

In bezug auf die USA verfügten Hitler und die NSDAP in den zwanziger und dreißiger Jahren nur über sehr ungenaue Kenntnisse. Amerika verkörperte einerseits die abschreckende Entwicklung des modernen Kapitalismus und einer multikulturellen Gesellschaft, andererseits jedoch spiegelte es mit der „kultivatorischen Leistung“ des „nordischen“ amerikanischen Frontierbauern die agrarischen Ideale der Nationalsozialisten wider. Hitler betrachtete bereits in den zwanziger Jahren die Möglichkeit eines Verschmelzens einer nationalsozialistischen deutschamerikanischen NS-Bewegung mit den ebenso „rassisches wertvollen“ Farmern des Mittleren Westens als Chance, um eine regional weitreichende „nordische Schicksalsgemeinschaft“ zu festigen². Nur so könne die Dominanz und der Einfluß der Juden und die wachsende „rassische Überfremdung“ in diesem beneidenswert großem Land

¹ Yehoshua Arieli, *Individualism and Nationalism in American Ideology*, Cambridge/Mass. 1964, S. 32 u. 87ff. Die amerikanische Identität gründete sich nicht auf eine ethnische oder historische Einheit, sondern auf einen ideologischen Konsens, nämlich „Liberty“, die einer freiwillig geschaffenen Gesellschaftsordnung zugrunde lag, um die Rechte des Individuums zu schützen.

² Gerhard Weinberg, Hitler's Image of the United States, in: *American Historical Review* 69 (1964), S. 1006–1021, hier S. 1008ff. Hitler bezog sich auf das gesamte Deutschtum der Amerikas(!).

mit seinem Überfluß an Ressourcen und Siedlungsraum gebrochen werden³. Noch von Legenden eines mächtigen „Deutschamerika“ aus dem Kaiserreich⁴ beeinflußt, überschätzte Hitler, ähnlich wie viele andere Deutsche, sowohl die Zahl als auch den Mobilisierungswillen der deutschstämmigen Amerikaner bei weitem. Er ging von einer großen Zahl Deutschstämmiger aus, die wertvolle rassische und kulturelle Grundlagen besäßen und deren deutsche Identität ungebrochen sei⁵. Der nationalsozialistischen Weltanschauung folgend, meinten die völkisch-nationalsozialistischen Ideologen, daß dieses Deutschamerikanertum zu großen Teilen aus Bauern bestehe, aus deren kultivatorischen Diensten deutscher Kulturboden, ein „Deutsches Amerika“ in Abgrenzung zum anglo-amerikanischen Amerika hervorgegangen sei⁶. Für eine spätere Generation, so schien es, könnte ein durch diese Volksgruppe bestimmtes Amerika den Stabilisator für Hitlers Weltmachtpläne darstellen⁷. Zur Programmschrift der nationalsozialistischen Vorstellung eines „Deutschen Amerikas“ wurde das von Colin Ross, Reiseschriftsteller und enger Freund Karl Haushofers, 1936 veröffentlichte Buch „Unser Amerika“. Ross unterstrich die vermeintliche „Tatsache“, daß die Deutschen aufgrund ihrer Pionierleistungen und kulturellen Verdienste Anspruch auf den Kontinent hätten und forderte einen „deutschen Thomas Paine“⁸ als politischen „Führer“, um mit dem Deutschtum Amerikas eine entsprechende politische Wendung einzuleiten⁹.

Die Nationalsozialisten übersahen, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschamerikaner aus den deutschen Staaten beziehungsweise aus dem Deutschen Reich ausgewandert war, um tatsächlich Amerikaner zu werden, und daß dies der Mehrheit der deutschen ethnischen Gruppe bis zu einer gewissen Stufe der Akkulturation auch überraschend schnell gelang¹⁰.

³ Alfred Rosenberg, Das Wesensgefüge des Nationalsozialismus, Grundlagen der deutschen Wiedergeburt, München 1932, S. 14; und Weinberg, Hitler's Image, S. 1008 ff.

⁴ Vgl. zum Beispiel Julius Goebel, Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika (hg. vom Alddeutschen Verband), München 1904; Guido A. Dobbert, German-Americans between new and old Fatherland, 1870–1914, in: American Quarterly 19 (1967), S. 676; Reinhard R. Doerries, Washington-Berlin 1908/1917, Düsseldorf 1975.

⁵ Die Nationalsozialisten gingen gerne von allen Deutschstämmigen aus und errechneten so eine ungerechtfertigt hohe Zahl derer, die noch „deutsch“ sein sollten. Tatsächlich gab es 1920–1930 etwa sieben Millionen „Deutschamerikaner“, die selbst oder von denen mindestens ein Elternteil in Deutschland geboren war und von denen man noch eine emotionale Verbundenheit zur alten Heimat erwarten konnte. Vgl. auch die Beurteilung des deutschen Botschafters Dieckhoff in Washington: Bericht Dieckhoff an das Auswärtige Amt (AA), 7.1. 1938: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, (PA) IX, Po 2, Bd.5. U.S. Department of Commerce, Bureau of the Census (Hg.), Historical Statistics of the United States, Colonial Times to 1970, Part I, New York 1976, S. 116f.

⁶ Heinz Kloss, Über die mittelbare kartographische Erfassung der jüngeren deutschen Volksinseln in den Vereinigten Staaten, in: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung 3 (1939), S. 453–474; Ders., Brüder vor den Toren des Reiches. Vom volksdeutschen Schicksal (Nationalpolitische Aufklärungsschriften 18), Berlin 1941, S. 18; Max Hildebert Boehm, Das eigenständige Volk. Volkstheoretische Grundlagen der Ethnopolitik und Geisteswissenschaften, Göttingen 1932, S. 82 f. u. 85. Mathes Ziegler, Volkskunde auf rassischer Grundlage (Deutsches Volkstum), München 1939.

⁷ Günther Moltmann, Weltherrschaftsideen Hitlers, in: Otto Brunner und Dietrich Gerhard (Hg.), Europa und Übersee, Festschrift für Egmont Zechlin, Hamburg 1961, S. 197–240, hier S. 201 fff. u. S. 218; Andreas Hillgruber, Hitler und die USA 1933–1945, in Othmar Franz (Hg.), Europas Mitte, Göttingen 1987, S. 130 ff.

⁸ Thomas Paine: Verfasser der am 10. Januar 1777 veröffentlichten politischen Schrift „Common Sense“, in der erstmals von einer amerikanischen Unabhängigkeit von Großbritannien die Rede war.

⁹ Colin Ross, Unser Amerika, Leipzig 1936, S. 300.

¹⁰ Frederick Luebke, The Germans in the New World, Urbana u. Chicago/Ill. 1990.

„Deutschamerika“ existierte nur als Begriff des geistig-kulturellen Zusammenhaltes einer „Community“, deren Strukturen um die Jahrhundertwende immer stärker zerfielen. Selbst diejenigen Staaten, die einen besonders hohen Anteil deutscher Einwanderer besaßen, verloren zunehmend ihre deutsche kulturelle Eigenart und paßten sich der anglo-amerikanischen *mainstream Culture* an. „Deutschamerika“ repräsentierte sich nur noch durch deutschamerikanische Presse, Traditionvereine, Liederkränze, Landsmannschaften, Kirchensynoden, Arbeiterkrankenkassen und Hilfsvereine, deren Mitglieder nun überwiegend innerhalb dieser Kreise ihre Gruppenzugehörigkeit als *ethnic community* fanden. Durch den Zerfall der Sicherheit spendenden Community, die Prohibition, die außenpolitischen Konflikte mit dem Reich und die Veränderung der amerikanischen Gesellschaft durch die „new immigration“¹¹ wurde der Assimilierungsprozeß vieler Deutschamerikaner jedoch erschwert. Eine sozial unflexible, aber in der Community häufig politische Führungspositionen einnehmende Minderheit flüchtete sich deshalb in einen extremen deutschen Kulturchauvinismus und Nationalismus und suchte ihre Identität in einem politisch starken Deutschen Reich¹². So fand zunehmend eine Politisierung des deutschen Vereinswesens statt: Ähnlich der Reichseinigung im Jahre 1871 suchte man eine „Einheit“ und „Einingung“ des Vereinswesens zu verwirklichen, ja sogar „die deutschen Staaten“¹³ in Amerika zu vereinen¹⁴. Als Ergebnis dieser Entwicklung entstanden erstmals überregionale Dachverbände, die 1895 zum 25. Jahrestag des deutschen Sieges von Sedan den traditionellen „Patriot Tag“ zu einem „Deutschen Tag“ umtauften. Während des Ersten Weltkriegs betrachteten es Deutschtumsvereine wie die *German-American National Alliance* als ihre Pflicht, um Verständnis für die deutsche Sache zu werben. Die ungeschickte kaiserliche Propaganda versuchte deutschamerikanische Agenten wie Georg Sylvester Viereck für Deutschland zu mobilisieren¹⁵. Dies hatte zur Folge, daß das gesamte Deutschamerikanertum stark darunter litt, daß Regierungskreise und die amerikanische Öffentlichkeit an seiner Loyalität zweifelte. Deutsche Sprache und Kultur wurden in Folge dieser Hysterie aus dem amerikanischen Gesellschaftsleben überwiegend verbannt und „Deutschamerika“ ging aus dem Ersten Weltkrieg in seiner Identität gedemütigt und größtenteils zwangsakkulturiert hervor¹⁶.

Bereits in den frühen zwanziger Jahren begann das alte Deutschamerikanertum sein Vereinswesen zu reorganisieren¹⁷. Die Dachverbände entstanden und ebenso zwei große nationale Organisationen, die *Steuben Society of America* und der *Bürgerbund*¹⁸. Ihr Pro-

¹¹ New Immigration: Hiermit sind die Einwandererströme aus Süd- und Osteuropa gemeint, die nach der Jahrhundertwende in die USA kamen und eine große Zahl Einwanderer in die USA führten. Diese verfügten über völlig andere kulturelle Wurzeln als die Mehrheit der im 18. und 19. Jahrhundert eingewanderten Mittel- und Westeuropäer.

¹² Guido A. Dobbert, *The Disintegration of an Immigrant Community: The Cincinnati Germans, 1870–1920*, New York 1980, S. 170.

¹³ Hier sind diejenigen Bundesstaaten der USA gemeint, die einen verhältnismäßig hohen Anteil deutscher Einwanderer haben: Wisconsin, Michigan, Ohio, Pennsylvania, New York und Teile Dakotas.

¹⁴ Dobbert, *Disintegration*, S. 170ff. Vgl. hierzu auch John A. Hawgood, *The Tragedy of German-America*, New York 1940.

¹⁵ Guido A. Dobbert, *Disintegration*, S. 170ff.

¹⁶ Theodore Huebner, *The Germans in America*, Philadelphia/Pa. 1962, S. 149 u. 153; Luebke, *Germans*, S. 58; Franz Xaver Geyer, *Bei den Deutschamerikanern*, Bad Godesberg o.J., S. 156ff.

¹⁷ Huebner, *Germans*, S. 153, und Barbara Wiedemann-Citera, *Die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges auf die Deutsch-Amerikaner im Spiegel der New Yorker Staatszeitung, der New Yorker Volkszeitung und der New York Times 1914–1926*, Frankfurt/M. u.a. 1993, S. 173 ff.

¹⁸ Luebke, *Germans*, S. 58.

gramm war materielle Hilfe für das durch den Versailler Vertrag gedemütigte und finanziell ruinierte Deutschland zu leisten; zugleich sollte das Werben der Deutschen für eine Revision des Versailler Vertrages unterstützt werden. Denjenigen, die sich ihres Deutschseins noch bewußt waren, blieb in ihrer Desintegration aus der amerikanischen Gesellschaft, die alles Deutsche ablehnte, nun endgültig die Identitätssuche in der alten Heimat. Diese wich jedoch mit der Weimarer Republik so gravierend von Glanz und Stärke des ehemaligen Kaiserreiches ab, daß sie von der neuen deutschen Staatsform häufig enttäuscht waren.

Die neu einsetzende Auswanderung aus Deutschland, häufig von politischer Enttäuschung über das Weimarer System begleitet, importierte nun einen Mikrokosmos der deutschen Parteienlandschaft in die deutschen Viertel der Großstädte, wie New York, Chicago oder Detroit¹⁹. 1924 wurde in Chicagos deutschem Viertel eine der ersten nationalsozialistischen „Ortsgruppen“ gegründet. In New York City soll sich bereits eine sogenannte „NSDAP-Ortsgruppe“ befunden haben²⁰. Auch Stahlhelm und Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband (DHV) eröffneten Stützpunkte und waren bis 1930 in allen größeren amerikanischen Städten vertreten²¹. Für die Nachkriegseinwanderer mit völkischen und nationalsozialistischen Grundüberzeugungen war es schwer, sich in der boomenden amerikanischen Großstadt der zwanziger Jahre zurechtzufinden. Die deutsch-amerikanische Community als Orientierungs- und Eingliederungshilfe, in Größe und Bedeutung von fast allen überschätzt, hatte sich teils akkulturiert, teils befand sie sich auf der Suche nach neuen Identitätsmustern. Sie war nicht in der Lage, den Neueingewanderten Hilfe bei der gesellschaftlichen Eingliederung zu bieten²². Dies führte zur übersteigerten Wahrnehmung eines häufig bereits „importierten“ eigenen Nationalismus²³. Aus der Perspektive der entstehenden völkischen Organisationen fehlte es dem Vorkriegsdeutsch-amerikanertum an völkischem Bewußtsein und kulturellem Selbstwertgefühl. Eine Demütigung, wie sie im Krieg erfolgt war, habe nur durch die mangelnde politische Stärke Deutschamerikas erfolgen können. Als ihr Ziel beschrieb die Teutonia, eine politisch führende Gruppierung aus Chicago, in der ersten Nummer ihrer seit 1930 erscheinenden Zeitung, dem „Vorposten“: „Fern der Heimat . . . halten wir die Wacht und gehen zum Angriff vor, . . . um ein wahres deutsches Volkstum zu schaffen in Amerika. [Wir] wollen

¹⁹ Hartmut Bickelmann, *Die Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit*, Hamburg 1978, S.26. Ebenso: Bericht Simon, Deutsches Generalkonsulat Chicago, an AA, 28.5. 1928, in PA III, Po 25, Bd.2.

²⁰ Sander A. Diamond, *The Years of Waiting: National Socialism in the United States 1922–1933*, in: *American Jewish Historical Quarterly* 59 (1970), S. 256–271, hier S. 265.

²¹ Der DHV hatte bereits seit 1902 einen Stützpunkt in New York. Fritz Zeglin, Bewegung oder Versicherungsgesellschaft?, in: *Der deutsche Kaufmann in Nord-Amerika*, Monatsschrift des Kreises Nordamerika im DHV, 22.Jg., No.5, Mai 1931, National Archives and Record Administration, Washington, D. C. (NARA), RG 131, Deutschamerikanische Berufsgemeinschaft, Periodical Collection, Box 1. Zum DHV und seinem weltweiten völkischen Sendungsbewußtsein vgl. auch Iris Hammel, *Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft*, Frankfurt/M. 1967, S. 125 ff. Zum Stahlhelm-USA vgl. House of Un-American Activities Hearings (HUAC), 73rd Congress, 2nd Session, New York, June 1–2, 1934: Aussage Benno von Stulpnagel.

²² Richard Kolm, *The Change of Cultural Identity. An Analysis of Factors Conditioning the Cultural Integration of Immigrants*, New York 1980, S. 92 ff.

²³ Klaus Schwabe, *Anti-Americanism within the German Right, 1917–1933*, in: *Jahrbuch für Amerikastudien* 21 (1978), S. 89–107; Georg Elwert, *Nationalismus und Ethnizität. Über die Bildung von Wir-Gruppen*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 41 (1989), S. 440–464, und Gerhard Weidenfeller, *VDA, Verein für das Deutschtum im Ausland*, Frankfurt/M. 1976, S. 78.

... die Fehde wagen gegen alles Undeutsche, gegen alles Artfremde, das sich im Laufe der Jahrzehnte in das Deutchamerikanertum eingeschlichen hat.“²⁴

Die einzelnen Gruppen, die bis 1930 von der Parteizentrale der NSDAP völlig unabhängig agierten, bemühten sich zunehmend um Unterstützung und Akzeptanz des Reiches. Diese erhielten sie von der Auslandsresseabteilung der NSDAP-Reichsleitung in München, die der amerikaerfahrene Ernst Hanfstängel leitete²⁵. Die neugegründete Auslandsabteilung der NSDAP in Hamburg übernahm die Aufgabe der politischen Steuerung und Organisation der vielen um die Anerkennung durch die NSDAP konkurrierenden Gruppen. Sie schuf, um die einzelnen Gruppen und Mitglieder zusammenzufassen, den sogenannten „Gau USA“, der unter der politischen Leitung eines sogenannten Landesvertrauensmannes stand und den politischen Willen der NSDAP in den USA repräsentierte²⁶. Nach der Machtergreifung 1933 spitzte sich die Konkurrenzsituation um die Führungsrolle unter den nationalsozialistischen Gruppen stark zu. Schließlich gelang es einem Vertreter der Teutonia, Heinz Spanknöbel, den Posten des Landesvertrauensmannes an sich zu ziehen und im Einvernehmen mit der Auslandsorganisation (AO) der NSDAP eine amerikadeutsche, von der Partei anerkannte NS-Bewegung zu gründen, den „Bund der Freunde des Neuen Deutschland“ (= Friends of the New Germany, FONG)²⁷.

Für die Durchsetzung ihrer Ziele fehlte den nationalsozialistischen Amerikadeutschen²⁸ jedoch die nötige politische Durchschlagskraft. Sie konnte nur durch den Rückhalt derjenigen Deutchamerikaner erhalten werden, die bereits vor dem Kriege eingewandert waren. Das sogenannte „Vorkriegsdeutchamerikanertum“ hatte mittlerweile viele seiner alten oder diesen vergleichbare Organisationen wiederhergestellt. Im Jahre 1932 hielten die maßgebenden Dachverbände eine Tagung ab, auf der beschlossen wurde, eine politisch entschlossene deutschamerikanische Einigungsbewegung ins Leben zu rufen: einen Volksbund²⁹. Nur eine starke politische Repräsentation könne Deutchamerika vor einer dem Weltkrieg vergleichbaren Demütigung bewahren. Auf der Suche nach einer neuen deutschen Identität schienen vielen von ihnen die Projektionen eines neuen, nationalen und stolzen Deutschland erstrebenswert. Die ferne Führerfigur Hitlers wurde ähnlich wie im Reich als Messias gefeiert. Kritischen Stimmen der amerikanischen Öffentlichkeit hielt man entgegen, daß diese die deutschen Verhältnisse nicht beurteilen könnten³⁰. Wah-

²⁴ „Zum Geleit“, in: Vorposten, No. 1, 1. 10. 1930, S. 1, American Jewish Archives (AJA), Manuscript Collection (Mss. Coll.) # 202, Box 1.

²⁵ Sister M. Champion Kuhn, *The Activities of the Foreign Press Service of the NSDAP in the United States*, Diss. Catholic University, Washington, D. C., 1961.

²⁶ Sander A. Diamond, *Germany and the Bund Movement in the United States, 1923–1938*, Diss. New York State University Binghampton, N. Y., 1971, S. 62, und Hans Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938*, Frankfurt/M. 1968, S. 93. Zur Rolle der AO gegenüber den Auslandsgruppen: Donald Mc Kale, *The Swastika outside Germany*, Kent/Ohio 1977.

²⁷ Spanknöbel (Würzburg) an Strauss (Gauleiter Kanada, Detroit), 31. 5. 1933, PA III, Po 26, Bd. 21.

²⁸ Der Begriff des „Amerikadeutschen“ wurde von den Nationalsozialisten in Abgrenzung zum „Deutschamerikaner“ geprägt. Der Begriff sollte die „deutsche Art“ und das bestehende „völkische Bewußtsein“ des Auswanderers betonen und hervorheben, daß dieser nicht „Amerikaner“ geworden ist.

²⁹ Heinz Kloss, Überlegungen zu einem zweiten deutschamerikanischen Kongreß in Philadelphia am 6. Oktober 1933, in: *Volk und Reich* 1 (1934), S. 67–69; Fritz O. Evers, Plan eines deutschen Volksbundes, in: *German-American Congress* (Hg.), *Sitzungsberichte und Erläuterungen*, New York 1932, New York Public Library.

³⁰ Luebke, Germans, S. 73; Walther A. Maier, Pygmies in Parvitute, *The Walther League Messenger*, Vol. 41, No. 9, April 1933, Concordia Historical Institute St. Louis/Mo.

rend nun das alte Deutschamerika respektvoll und bewundernd auf die nationale Erneuerung im Reich blickte, lehnte es dagegen die neueingewanderten Nationalsozialisten in den USA noch überwiegend ab. Den alten Herren der bürgerlichen Vereine erschienen Teutonia und Freunde des Neuen Deutschland als „Hotheads“ und politische „Krawallrowdies“, denen man sein politisches Geschick nicht anvertrauen wollte³¹. Auch hier wirkte Hitlers Machtergreifung erheblich auf die Wahrnehmung: Aus den früheren „Hotheads“ wurden nun offizielle Repräsentanten der NSDAP. Obwohl sich deren Benehmen meist nicht verändert hatte, konnten sie nun als offizielle Vertreter der Partei Kontakte mit den deutschen Vertretungen aufnehmen und repräsentierten die deutsche Erneuerungsbewegung im Ausland; zwei der einflußreichsten Persönlichkeiten des „alten“ Deutschamerika, Victor Ridder, Herausgeber der Staatszeitung und Theodore Hoffmann, Präsident der *Steuben Society*, bemühten sich nun um eine Audienz beim „Führer“³².

Die amerikadeutsche NS-Bewegung des „Bundes der Freunde des Neuen Deutschland“ trat an die Spitze der politischen Einigungsbewegung des Deutschamerikanertums und folgte einigen typischen Handlungsmustern der Nationalsozialisten zur totalitären Gleichschaltung Deutschamerikas:

1. Die Einführung des Führerprinzips.

Der Einflußbereich des Bundes, der von New York aus geleitet wurde, erstreckte sich über vier Gau, nämlich den Osten, den Westen und den Mittleren Westen der USA und zunächst auch Kanada³³. Der Landesvertrauensmann der NSDAP-AO war in Personalunion Bundesführer. Er verfügte über eine absolute Weisungsbefugnis über Kreis-, Bezirks- oder Ortsgruppenleiter. Parallel entstand zunächst ein uniformierter und bewaffneter³⁴ Ordnungsdienst, eine Jugendorganisation und eine Frauengruppe, die ihre Wochenenden, Feste und paramilitärischen Aktivitäten in den – damals noch geringfügig vorhandenen – Freizeitcamps der Organisation verbrachten³⁵.

2. Die Errichtung eines Nachrichtendienstes und Propagandaapparates.

Da das eigene Organ, „Das neue Deutschland“, nur über eine beschränkte Auflage verfügte³⁶ und zudem als Parteizeitung klar zu erkennen war, suchte der Bund Fühlung mit alteingeführten deutschamerikanischen Presseorganen, die einem „nationalen“ Kurs nicht

³¹ „Erneuerung des Amerika-Deutschtums“, in: Vorposten, No. 2, 1.11. 1930, S. 3, AJA, MSS. Coll. # 202, Box 1; und Manuscript „We and America“, New Yorker Staatszeitung, 13.6. 1934: State University of New York (zukünftig SUNY), German Intellectual Emigre Collection, Friedrich Hare Tetens Papers, Ridder Files.

³² Gernot Heinrich Graessner, Deutschland und die Nazis in den USA 1933–1939, Phil. Diss. Bonn 1973, S. 74; Sander A. Diamond, The Nazi Movement in the USA, Ithaca/N.Y., 1974, S. 169 ff.; Bericht William Dodd and Cordell Hull, 26.7. 1935, NARA, RG 59, Box 5077.

³³ Kempff, Dt. Generalkonsulat Montreal, an AA 4.10. 1933, PA III, Po 26, Bd. 16. Zur Entwicklung der Bewegung in Kanada vgl. auch Johnathan F. Wagner, Brothers beyond the Sea, National Socialism in Canada, Waterloo/Ontario, 1981.

³⁴ Die Bewaffnung wurde nicht durch Reichsbehörden gestellt, sondern basierte auf dem Recht zur privaten Bewaffnung, das in der amerikanischen Verfassung verankert ist. Vgl. The Constitution of the United States, Amendments to the Constitution of the United States, Bill of Rights 1791, Amendment II.

³⁵ Leland V. Bell, Anatomy of a Hate Movement: The German-American Bund, 1936–1941, Diss. Morgantown/V.A., 1968, S. 83 ff.

³⁶ Die Auflage des „Neuen Deutschland“ ist nicht bekannt. „Die Deutsche Zeitung“ dagegen erschien bereits 1933/34 mit einer Auflagenhöhe von 20–21 000 Exemplaren. HUAC-Hearings, H.R. 73rd Congress, 2nd Session, New York City, October 16 and 17, 1934: Aussage Kruppa.

abgeneigt waren. Zunächst bot sich die „Deutsche Zeitung“ an, ein alt eingeführtes Blatt völkisch-nationalsozialistischer Kreise, die bereits für des Kaisers Propaganda verantwortlich waren. Ihre hauptsächlichen Repräsentanten waren Georg Sylvester Viereck, Colonel Emerson und Frederick F. Schrader³⁷. Über die Leserschaft der „Deutschen Zeitung“ bot sich den „Freunden“ die Möglichkeit, in interessierte Leserkreise einzudringen, die der jungen Bewegung bisher noch kritisch gegenüberstanden. Eingeleitet wurde die Annäherung der Zeitung zu den Nationalsozialisten dadurch, daß der Leiter der „Bundesnachrichtenstelle“, Walter Kappe, dort Chefredakteur wurde. Die Herausgeber standen dieser politischen Haltung prinzipiell freundlich gegenüber und ließen gerne zu, daß das Deutsche Reich der finanziell in Schwierigkeiten geratenen Zeitung eine größere Summe über das Generalkonsulat in New York übersandte³⁸.

Versuche, andere große bürgerliche Tageszeitungen, wie die New Yorker Staatszeitung oder die Chicagoer Abendpost mit Gewaltandrohung zu einer freundlichen Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus zu nötigen, scheiterten zunächst. Später wurde auch diesen Blättern nachgewiesen, daß sie häufig kritiklos die Meldungen des Deutschen Nachrichtenbüros und des Transocean News Service, beide vom Propagandaministerium kontrolliert, veröffentlichten³⁹. Neben den Deutschen Volkstumsorganisationen, wie dem Verband des Deutschtums im Ausland (VDA) und dem Deutschen Ausland-Institut (DAI), das nun verstärkt seine propagandistische Aufmerksamkeit auch auf Deutschamerika lenkte⁴⁰, trugen vor allem einige Konsulate in den Hafenstädten wie in New York, Los Angeles oder San Francisco für die Verbreitung nationalsozialistischer Propagandaschriften die Verantwortung⁴¹.

3. Die Gleichschaltung deutschamerikanischer Großorganisationen.

Die Nationalsozialisten begannen Ende 1933 die Dachverbände der deutschamerikanischen Verbände gleichzuspalten. Anlaß dazu gab oftmals die Debatte um die Form der Feier des „Deutschen Tages“. In Verbindung mit völkischen Gruppen wie dem Stahlhelm hatten die Nationalsozialisten den Verband Völkischer Vereine (VVV)⁴² gegründet. Aufgrund der damit erreichten Mitgliederstärke beanspruchten sie eine höhere Delegiertenzahl, die die Stimmenmehrheit in den Vorständen der deutschamerikanischen Dachorganisationen ausmachte. Da sich die Delegiertenzahl der einzelnen Vereine tatsächlich über deren Mitgliederstärke errechnete, herrschte in den Großorganisationen teils Ratlosigkeit darüber, wie man einer nationalsozialistischen Delegiertenmehrheit begegnen sollte. Teilweise wurde jedoch der politische Coup des Bundes zunächst gar nicht als solcher wahrgenommen. In fast allen Großorganisationen des Deutschamerikanertums fielen nach De-

³⁷ Viereck, Emerson und Schrader stellten bereits 1914 ihre publizistischen Möglichkeiten in die Dienste des neugegründeten deutschen „Pressebüros“ in New York City, das für das deutsche Konsulat arbeitete.

³⁸ HUAC-Hearings, 73rd Congress, 2nd Session, New York City, Oct. 16 and 17, 1934: Aussage Kruppa.

³⁹ Memorandum R. E. Massey of conference held in office of Col. Mac Cormack, 17.10. 1933, NARA, RG 59 Box 4729. Louis Nizer, My Life in Court, New York 1961.

⁴⁰ G. Moshack, DAI, an Dr. O. Schmidt (Chicago), 27.10. 1933, Chicago Historical Society, O. Schmidt Collection, Box 14, Folder 11.

⁴¹ Ernst A. Hamburger, A Peculiar Pattern of the Fifth Column: the Organization of German Seamen, in: Social Research 9 (1942), S. 495–509. Summary Report on Activities of Nazi Groups and their Allies in Southern California, Vol. 1, Dec. 1936–1938, S. 44 ff. u. 83 ff.: California State University (CSUN), Community Relations Committee (CRC), Part I, Series V, Box 109.

⁴² Borchers, Dt. Generalkonsulat New York, an AA, 10.7. 1935, PA III, Po 25, Bd. 5.

legiertenwahlen die Ämter des Vorsitzenden oder des Schatzmeisters führenden Bundesmitgliedern zu⁴³. Die häufig beträchtlichen Verbandsvermögen gerieten auf diese Weise fast immer in die Hände eines nationalsozialistischen Schatzmeisters und stockten so den Propagandaetat des „Bundes“ auf.

Der traditionelle „Deutsche Tag“ der Vereine entwickelte sich in der Jahren 1933/34 in der Öffentlichkeit zur Plattform eines Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung um das Vereinswesen. Die Nationalsozialisten wollten in möglichst authentischen deutschen SA- und HJ-Uniformen an der Parade teilnehmen, das Horst-Wessel Lied anstelle des Deutschlandlieds singen und die Hakenkreuzfahne als offizielle Fahne des Dritten Reiches hissen. Neben dem örtlichen diplomatischen Vertreter des Reiches bestanden sie darauf, den Festtagshauptredner zu stellen. Vereine, die auf eine politisch liberale, sozialdemokratische Tradition zurückblickten und später auch die Organisationen der Emigranten oder manche bürgerliche Vereine, die die Gefahr des Nationalsozialismus frühzeitig erkannten, hielten demgegenüber demonstrativ einen „German Anti-Nazi Day“ ab⁴⁴. Viele Großorganisationen und German Day Committees zerbrachen bereits im Vorfeld des Festes, da die Auseinandersetzungen über dessen Form unüberbrückbar wurden.

Je mehr die amerikadeutsche NS-Bewegung in der Öffentlichkeit auftrat, desto stärker reagierte die amerikanische Gesellschaft; und zwar zunächst diejenigen, die unmittelbar davon betroffen waren: Deutschamerikaner, die sich deutlich von den Nationalsozialisten abgrenzen wollten, und Juden⁴⁵.

Die amerikanische Regierung betrachtete das Problem der nationalsozialistischen Propaganda zunächst als eine außenpolitische, zwischenstaatliche Angelegenheit. Immerhin waren viele Mitglieder des Bundes der Freunde des Neuen Deutschlands noch deutsche Staatsbürger. Nur wenige der Neueingewanderten waren zu Beginn der dreißiger Jahre bereits naturalisierte Amerikaner. Die Protestnoten des Department of State konzentrierten sich deshalb zunächst auf die Tatsache, daß die volkspolitische Mobilisierung der Deutschamerikaner durch den Bund als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten der USA“ betrachtet wurde⁴⁶. Das Deutsche Reich reagierte auf die Proteste der Vereinigten Staaten mit einem Verbot der Mitgliedschaft deutscher Reichsbürger im Bund der Freunde des Neuen Deutschland. Mitglieder der NSDAP, so hieß es, könnten nur noch als Einzelmit-

⁴³ Borchers, Dt. Generalkonsulat New York, an AA, 4.11. 1933, PA III, Po 25, Bd. 4; Heuser, Dt. Generalkonsulat San Francisco, an AA, 25.10. 1934: PA III, Po 25, Bd. 5. Dieter Berninger, Milwaukee's German-American Community and the Nazi Challenge in the 1930s, in: Wisconsin Magazine of History, Winter 1987/88, S. 118–142; Summary Report on the Activities of Nazi Groups and their Allies in Southern California, Vol. I, S. 177ff., CSUN, CRC, Part I, Series V, Box 109.

⁴⁴ „Anti-Nazi German Day 1937“, Flugblatt der German-American League for Culture, NARA, RG 131, GAB-LAU, Box 1; vgl. auch Berninger, Community, und Stefan Heym, Nachruf, München 1988, S. 162; Nizer, Life; Jan-Christopher Horak, Anti-Nazi Filme der deutschsprachigen Emigration von Hollywood, Diss. Münster 1984, S. 58ff. u. 106ff.

⁴⁵ Pressemitteilung des „Staats-Herold“: „Julius Klein Resigns Editorship in Protest to Hitler-Editorial“, 31.10. 1933, AJA, MSS. Coll. # 8, Box 3. Moshe Gottlieb, The First of April Boycott and the Reaction of the American Jewish Community, in: American Jewish Historical Quarterly 57 (1968), S. 516–556, hier S. 520, sowie Henry Friedländer u. Sybil Milton (Hg.), Archives of the Holocaust, Bd. 6: „Non Sectarian Anti-Nazi League to Champion Human Rights“, New York 1990.

⁴⁶ Raymond E. Murphy, National Socialism. Basic Principles, their Application by the Nazi Party's Foreign Organization, and the Use of Germans Abroad for Nazi Aims, Washington/D.C., 1943, S. 23ff. u. 67ff.; Jacobsen, Außenpolitik, S. 533.

glieder der Partei geführt werden, solange sie sich in den USA aufhielten. Dem Bund wurde hierdurch ein schwerer Schlag versetzt. Da NSDAP-Mitglieder nur noch als Einzelmitglieder von der AO geführt werden konnten, verlor er seine organisatorische Anbindung an die NSDAP im Reich und wurde so zum amerikanischen Verein⁴⁷. Über ein Drittel seiner Mitglieder, gerade die politisch besonders überzeugten und aktiven, waren deutsche Staatsbürger, die sich alle als „alte Kämpfer“ fühlten und nun dazu gezwungen waren, aus dem „Bund“, ihrem „Lebenswerk“, auszutreten⁴⁸.

Da die NSDAP jedoch das bisher Erreichte, eine Bewegung von ca. 15 000 im Deutschamerikanertum, keinesfalls preisgeben wollte, zumal diese bereits eine beachtliche Eigen-dynamik entwickelt hatte, arbeiteten Vertreter des Auswärtigen Amtes, verschiedener Deutschtumsinstitute und Parteistellen eine umfassende Konzeption für eine amerikadeutsche Volkstumspolitik aus. Nationalsozialistische Volkstumspropaganda wurde nun nicht mehr direkt über Parteivertreter in die USA geleitet, sondern gelangte – nach italienischem Vorbild – getarnt als „Kulturarbeit“ über die Initiative privater Kulturinstitute in die USA⁴⁹. Führend in der „praktischen Amerikaarbeit“ wie in der Kontaktnahme mit den USA wurde das DAI in Stuttgart, der Stadt der Auslandsdeutschen. Als eines der wenigen Volkstumsinstitute konkurrierte das DAI nicht mit der AO, sondern stand ihr auch aufgrund personeller Verflechtungen besonders nahe. Aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit verfügte das DAI über umfassendes Datenmaterial über die deutschen Auswanderer nach Übersee und hatte so institutionellen Zugriff sowohl auf Volks- wie auch Auslands-deutsche⁵⁰. In umfassenden wissenschaftlichen Projekten sollten unter der Leitung des wissenschaftlichen Amerikaexperten im DAI, Heinz Kloss, Existenz und Identität eines Deutschamerika nachgewiesen werden. Anders als viele andere namhafte Amerikaexperten, etwa des Berliner Amerikainstitutes, wurde Kloss, der einer sozialwissenschaftlichen Richtung der Geschichtswissenschaft angehörte, die versuchte die deutsche Geschichte als „Volksgeschichte“ zu interpretieren⁵¹, in seinem Ansatz von den Nationalsozialisten politisch unterstützt. Schulen, Museen, Universitäten, sprach- und sippenkundliche Forschungen wurden von Kloss vorgeschlagen und in Zusammenarbeit mit deutschamerikanischen Vereinen und Instituten auf Anregung der Volksdeutschen Mittelstelle verfolgt. Historische, sippenkundliche und kartographische Forschungsergebnisse, wie sie beispiele-

⁴⁷ G. A. Müller, Dt. Generalkonsulat New York, an Josef Schuster, 31. 10. 1935, Bundesarchiv Koblenz (BAK), NS 20/127-1; Bohle an AA, 15. 6. 1934, PA III, Po 26, Bd. 19.

⁴⁸ Diamond, Germany, S. 131 und Arthur L. Smith, The Kameradschaft USA, in: Journal of Modern History 34 (1962), S. 398–408, hier S. 398.

⁴⁹ Botschafter Luther (Washington) an AA, 28. 6. 1935, Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie C, Band IV, 1, Dok. 184, inkl. Anlage „Niederschrift über kulturpolitische Fragen in den Vereinigten Staaten“. Konträr zu Luthers Empfehlungen weist Strölin, ein überzeugtes NSDAP-Mitglied und Präsident des DAI, auf die Möglichkeiten einer explizit nationalsozialistischen Kulturpolitik hin: Bericht Strölins über seine Reise in die USA im September/Oktober 1936, PA IX, Po 2, Bd. 1. Aufzeichnung des VLR Freytag im AA, 11. 10. 1937: PA IX, Po 25, Bd. 3.

⁵⁰ Klaus Kipphan, Deutsche Propaganda in den Vereinigten Staaten, 1933–1941 (Amerikastudien, Heft 31), Heidelberg 1971, S. 44 ff. Ernst Ritter, Das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart 1917–1945, Ein Beispiel der deutschen Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen, Wiesbaden 1976, S. 37 u. 41. Vgl. zur Systematik der Erfassung auch Götz Aly u. Karl-Heinz Roth, Die restlose Erfassung. Volkszählungen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus, Berlin 1984.

⁵¹ Vgl. Willi Oberkrome, Volksgeschichte, Methodologische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 101), Göttingen 1993.

weise aus dem erst 1975 veröffentlichten „Atlas-Projekt“⁵² hervorgingen, dienten dazu, deutschamerikanische Siedlungsgebiete in den USA akribisch zu verzeichnen und auf die angeblichen kultivatorischen und kulturerhaltenden Verdienste besonders des deutschamerikanischen „Bauerntums“ hinzuweisen, die immer wieder mit den Leistungen des deutschen Bauern im Osten verglichen wurden⁵³.

Aus den Resten der FONG wurde der Amerikadeutsche Volksbund gegründet. Dies ging wahrscheinlich auf die Tagungsergebnisse des Vorkriegsdeutschamerikanertums von 1932 in New York zurück, die damals von Heinz Kloss als Mitarbeiter des DAI mit Interesse wahrgenommen wurden. Der neue Bund sollte das Konzept volkskultureller und politischer Elemente vereinigen und als Massenorganisation das gesamte Deutschamerikanertum zusammenfassen. Zu diesem Zweck erweiterte der Volksbund, der seinem Vorgänger stark ähnelte, in erster Linie seine soziale Attraktivität. Er entwickelte ein dichtes Netz sozialer Unterorganisationen und Programme zur Freizeitgestaltung, die der KdF-Bewegung glichen und den Volks- und Auslandsdeutschen einen Hauch „deutscher Gemütlichkeit“ vermittelten. Der „Volkserziehung“, besonders unter der amerikadeutschen Jugend, leisteten eigene Materialien wie auch Lehrbücher der reichsdeutschen Volkstumsorganisationen, mit denen der Volksbund überschüttet wurde, ihre Dienste. Paramilitärisches Training, aber auch die „gelebte Volksgemeinschaft“ in kleinen preisgünstigen Feriendorfern, wurden nun auf mehreren riesigen Privat-Grundstücken, den sogenannten Freizeitcamps ermöglicht. Bis 1938 gelang es dem Amerikadeutschen Volksbund, rund 30 000 Deutschamerikaner zu organisieren⁵⁴, von denen die meisten ihr Naturalisierungsverfahren eingeleitet hatten und damit bereits teilweise über Bürgerrechte verfügten, eine Tatsache, die den Volksbund immer wieder zu der Behauptung verleitete, er sei eine rein amerikanische Organisation. Mit dieser Zahl repräsentierte der Volksbund die größte deutschamerikanische Organisation, die aus Einzelmitgliedern zusammengesetzt war. Ihre Mitgliederzahl entsprach etwa der der damaligen Communist Party of America⁵⁵. Die politische Führungselite des Volksbundes setzte sich weiterhin aus Nationalsozialisten zusammen. Der „Führer“ Fritz Kuhn liebte bombastische Rednerauftritte. Sein Verständnis von der seitens den US-Behörden geforderten Amerikanisierung der Organisation beschränkte sich auf die Kooperation und Öffnung gegenüber originär amerikanischen faschismusähnlichen Organisationen, die nun gemeinsam das Ziel einer politischen „christlichen Front“

⁵² Heinz Kloss, *Atlas der im 19. und frühen 20. Jahrhundert entstandenen deutschen Siedlungen in den USA*, Marburg 1975.

⁵³ Heinz Kloss an Stahmer, VOMI, 15.2. 1938, Library of Congress, German Captured Records, DAI, Reel 474. Protokoll einer Sitzung des Amerika-Ausschusses des DAI, 3.12. 1935, BAK, R 57 neu/912. Schreiben Stahmer (VOMI) an Fritz Kuhn, 20.11. 1937, PA Kult VIA, Bd. 13. „Vorschläge für eine aktive Amerikaarbeit“, 28.4. 1938 (freundliche Überlassung durch Sander A. Diamond). Heinz Kloss, *Das Volksgruppenrecht in den Vereinigten Staaten von Amerika*, 2 Bde., Essen 1940, S. 920; Katharina Reimann, *Der Stand der Forschung über das Deutschtum in Wisconsin*, in: *Auslandsdeutsche Volksforschung* 2 (1938), S. 533–543; Heinz Kloss, *Entsprechungen im Nationalitätengefüge Westeuropas und Nordamerikas*, in: *Volksforschung* 4 (1940), S. 1–8; Ders., *Geschichte der landwirtschaftlichen Zusammenschlüsse der Sprachdeutschen in Übersee*, Braunschweig 1957.

⁵⁴ Der Vorsitzende des Un-American Activities Committee sprach von einer Zahl bis zu 100 000 Mitgliedern; die genaue Mitgliederstärke ist extrem schwer festzustellen, da die Mitgliederlisten zerstört wurden und Schätzungen, wie die Martin Dies' von einem großen Sympathantenkreis ausgehen, der auch Familienmitglieder und soziales Milieu der tatsächlichen Mitglieder einschließt. Vgl. Martin Dies, *The Trojan Horse in America*, New York 1940, S. 306.

⁵⁵ Harvey Klehr, *The Heyday of American Communism. The Depression Decade*, New York 1984, S. 365. Die Mitgliederzahl der Communist Party of America betrug 1935 circa 30 000.

verfolgten⁵⁶, aber auch faschistoiden Gruppen des Auslandsitalienertums, der Weißrussen und Ukrainer in den USA⁵⁷. Den Charakter einer rein „volkskulturellen“ Organisation konnte der Volksbund unter diesen Umständen nicht länger wahren. Infolge seines aggressiven Auftretens und seiner klaren politischen Ziele schwand aber auch sein Wert als Instrument des Reiches. Der Volksbund stand unter schärfster Überwachung und konnte den Verdacht, als Fünfte Kolonne der Nationalsozialisten zu agieren, nicht entkräften. Für die unmittelbaren Interessen des Reiches, nämlich die Amerikaner aus einem europäischen Krieg herauszuhalten, mußte eine andere politische, stärker „amerikanische“ Kraft gefunden werden.

Über die 1938 in Chicago, dem Zentrum der amerikanischen isolationistischen Bewegung, gegründeten *German American National Alliance* (GANA) aus über 300 einzelnen Vereinen mit rund 2 000 000 Mitgliedern versuchten weniger berüchtigte politische Führer des nationalsozialistischen Deutschamerikanertums an die Tradition der National Alliance des Ersten Weltkrieges anzuknüpfen und gezielt über das Deutschamerikanertum in der Präsidentschaftswahl 1940 Stimmzettelpolitik zu betreiben. Äußerlich als amerikanische Organisation – ohne jegliche nationalsozialistische oder militaristische Ausprägung – auftretend, waren de facto auch hier nur „arische“ Mitglieder deutscher Abkunft zugelassen, die die amerikanische Staatsbürgerschaft besaßen⁵⁸. Ziel der GANA war es, ohne explizit die nationalsozialistische Weltanschauung zu propagieren, auf der politischen Ebene vor einer „Wiederholung des Unrechtes gegen die Deutschamerikaner von 1917“ vorzugehen. Die Alliance übte besonders über Presse und Rundfunk Einfluß auf das Deutschamerikanertum aus, das sich nicht mit der immer stärker diskreditierten und kriminalisierten Bewegung des Volksbundes solidarisieren wollte, sondern sich ähnlich wie ihr Vorgänger vor dem Ersten Weltkrieg mit überwiegend isolationistischer und antibritischer Propaganda befaßte. Die Alliance wurde im Jahre 1941 vom militärischen Geheimdienst G-2 folgendermaßen eingeschätzt. „The G.A.N.A. constitutes just about the most subversive un-American influence which has ever been discovered in this country by Dies Committee of anyone else interested in American democracy. And I venture to say the G.A.N.A. is a thousand times more dangerous and vicious than the Bund has ever been or will ever be. The Bund has never denied the reason for its existence.“⁵⁹

Für die von einem multiethnischen Konsens getragene Gesellschaft der Vereinigten Staaten und die amerikanische Regierung stellten der Volksbund und verwandte Organisatio-

⁵⁶ Glenn Jeansonne, Gerald L. K. Smith, Minister of Hate, Yale/Conn. 1988; Suzanne C. Ledebur, The Man who would be Hitler: William Dudley Pelley, in: California History 65 (1986), S. 126–136; David H. Bennett, The Party of Fear, From Nativist Movements to the New Right in American History, Chapel Hill/N.C. 1988; Ders., Demagogues in the Depression, American Radicals and the Union Party 1932–1936, New Brunswick/N.J. 1969; Charles Higham, American Swastika, New York 1985. Bericht über die „American Christian Conference“ in Kansas City unter dem Vorsitz von George Deatherage, 20.8. 1937, AJA, MSS. Coll. # 8, Box 1.

⁵⁷ Philip V. Cannistraro, Fascism and Italian Americans (Perspectives in Italian Immigration and Ethnicity), New York 1977; John J. Stephan, The Russian Fascists, Tragedy and Farce in Exile 1925–1945, New York 1978.

⁵⁸ HUAC-Hearings, 78th Congress, 1st Session, H. Res. 282, Appendix Part VII, Report on the Axis Front Movement in the U.S., 1st Session: Nazi Activities, Washington/D.C. 1943.

⁵⁹ Confidential Memorandum on German American National Alliance by S. V. Constant, Acting Chief of Staff G-2, Headquarters Second Corps Area N.Y., 17.7. 1941, NARA, RG 165, MID, 10110-2723, Box 2857. Der republikanische Abgeordnete Martin Dies war Vorsitzender des zweiten, häufig nach ihm benannten „Committee to Investigate Un-American Activities“.

nen zunehmend ein erhebliches Bedrohungspotential für die staatsbürgerliche Loyalität der deutschen Volksgruppe dar. Mit der Annexion des Sudetenlandes 1938 und der wachsenden Wahrscheinlichkeit eines europäischen Krieges verschärften sich diese Befürchtungen. Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt untermauerte amerikanische Ängste gegenüber einem Zusammenwirken der antidebakalischen Kräfte auch in ihrem Lande⁶⁰. Mit der wachsenden Erkenntnis, daß nationalsozialistische Propaganda in den Vereinigten Staaten zu einem innenpolitischen Problem wurde, erhoben die amerikanische Regierung, aber auch gesellschaftliche Kräfte den Begriff *Americanism* zum Schlagwort für Toleranz, Pluralismus, nationalen Zusammenhalt und die Aufrechterhaltung des demokratischen Wertesystems. Der Begriff bot den Ansatzpunkt dazu, einen eigenen nationalen Mythos zu propagieren und gleichzeitig ein schärferes rechtliches Vorgehen gegen *aliens* in der amerikanischen Gesellschaft zu legitimieren. Nicht zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte war der Nation vor Ausbruch eines internationalen Konfliktes *Americanism* als nationaler Einigungsfaktor vor Augen geführt worden. Bereits während des Ersten Weltkrieges überzog die USA eine nationalistische Welle, die sich gegen alles richtete, was nicht „100 % American“ war; und bereits damals bildeten Deutscheramerikaner und deutsche Propaganda einen bevorzugten Angriffspunkt⁶¹. *Un-Americanism* wurde zum Gegenmodell des amerikanischen Ideals gebrandmarkt. So wurde das vom demokratischen Abgeordneten Samuel Dickstein Ende des Jahres 1933 ins Leben gerufene Untersuchungskomitee des Repräsentantenhauses, des *Committee to Investigate Nazi and Other Propaganda Activities*, das den nationalsozialistischen Einfluß auf Deutscheramerika aufdecken sollte, 1937 umbenannt zum ersten *Committee to Investigate Un-American Activities*⁶².

Vor dem welt- wie vor dem innenpolitischen Hintergrund geriet die Justiz der Vereinigten Staaten unter Handlungzwang. In der amerikanischen Öffentlichkeit entbrannte eine Diskussion um die Frage, wie man „un-amerikanische“ Bewegungen bekämpfen könne, ohne dabei Grundrechte und Grundwerte wie das Recht zur freien Meinungsäußerung oder der Versammlungsfreiheit zu verletzen⁶³. Immerhin war das mögliche Bedrohungspotential aus amerikanischer Sicht groß. Neben die rund neun Millionen Amerikaner, die noch in Deutschland geboren waren, traten Ukrainer, Italiener und Iren, deren Loyalität aufgrund faschistischer oder antibritischer Bewegungen fragwürdig war. Ihre Zahl betrug insgesamt ca. 20 Millionen⁶⁴. Man befürchtete nicht zuletzt interethnische Konflikte in

⁶⁰ Bradley Smith, *The Shadow Warriors, O.S.S. and the Origins of the C.I.A.*, New York 1983, S. 65; Frank C. Hanighen, *Foreign Political Movements in the United States*, in: *Foreign Affairs* 16 (1937), S. 1–20; „Axis Voices among the Foreign-Born“, in: *Propaganda Analysis IV*, No. 9, 1. 8. 1941, S. 1–10.

⁶¹ Jörg Nagler, *Victims of the Home Front: Enemy Aliens in the United States during the First World War*, in: Panikos Panayi (Hg.), *Minorities in Wartime*, Oxford 1993, S. 191–215. John Higham, *Strangers in the Land, Patterns of American Nativism 1860–1925*, New York 1984, S. 195.

⁶² Vgl. Dies, *Trojan Horse*; Walter Goodman, *The Committee: The Extraordinary Career of the House Committee on Un-American Activities*, New York 1968. August R. Ogden, *The Dies Committee. A Study of the Special House Committee for the Investigation of Un-American Activities 1938–1944*, Washington/D.C. 1945.

⁶³ „How shall we meet Nazi propaganda?“, in: *The Nation*, 8. 11. 1933, S. 526; Sinclair Lewis, *It can't happen here*, New York 1935; George Britt, „Poison in the Melting Pot“, in: *The Nation*, 1. 4. 1939, S. 374–376. Vgl. auch *The Constitution of the United States, Amendments to the Constitution of the United States, Bill of Rights 1791, Amendment I, Freedom of Religion, Speech and the Press, Right of Assembly*.

⁶⁴ Memorandum der Military Intelligence Division G-2, War Department, o. D., NARA, RG 165, Entry 77, Box 3211. Louis Gerson, *The Hyphenate in Recent American Politics and Diplomacy*. Lawrence/Kansas 1964, S. 132ff.

den städtischen Ballungszentren der verschiedenen Communities⁶⁵. Die identitätsbildenden liberalen Traditionen des Landes verboten es, Grundwerte wie das Recht zur freien Meinungsäußerung kurzerhand außer Kraft zu setzen. Ausländer, Privatpersonen oder Einzelmitglieder einer Partei, die „ausländische Propaganda“ betrieben, konnten nur dann als solche ausgewiesen werden, wenn sie gegen ein amerikanisches Bundesgesetz verstießen. Selbst die Tatsache, daß ein ausländischer Staatsbürger in den USA Propaganda für eine fremde Regierung betrieb, stellte noch keinen Tatbestand für eine Deportation dar. Voraussetzung hierfür war der Nachweis, daß diese Propaganda den Umsturz der amerikanischen Regierung und ein Außerkraftsetzen der Verfassung bezwecke. Trotz der umfangreichen Ergebnisse des Dies-Untersuchungsausschusses gelang es nicht, einem der Führer des Volksbundes dieses Ziel nachzuweisen. Während auf Bundesebene lange über ein mögliches gesetzgeberisches Vorgehen beraten wurde, erließen die besonders betroffenen Einzelstaaten wie New York und New Jersey eigenständig Gesetze, die die Handlungsfähigkeit des Volksbundes beschränkten, ihm die soziale Attraktivität nahmen und diesem gleichzeitig enorm hohe Verfahrens- und Anwaltskosten auferlegten. Im April 1935 verabschiedete der Staat New Jersey die „Rafferty Bill“, die erstmals Propaganda, die zur Diskriminierung sozialer Gruppen aufrief oder diese diffamierte, unter Strafe stellte⁶⁶. Wie umstritten diese Einschränkung der Redefreiheit war, zeigt, daß im Jahre 1940, als der Bundesleiter des „Gau des Ostens“ des Volksbundes, August Klapprott wegen der Verbreitung von „hate propaganda“ und Rassenhaß in New Jersey angeklagt und paradoxerweise von der hochgeachteten und amerikanischen Idealen verpflichteten *American Civil Liberties Union* verteidigt wurde⁶⁷. So gelang es den amerikanischen Gerichten auch nicht, den „Führer“ des Amerikadeutschen Volksbundes und Kopf der Bewegung, Fritz Kuhn, aus politischen Gründen aus dem Verkehr zu ziehen. Erst im Dezember 1939 hatte der New Yorker Anwalt und republikanische Präsidentschaftskandidat Thomas Dewey Erfolg damit, Kuhn in einem Verfahren wegen Veruntreuung von Vermögenswerten und Steuerhinterziehung für mehrere Jahre hinter Gitter zu bringen⁶⁸.

Auf der Basis der Ergebnisse, die das *Committee to Investigate Un-American Activities* erarbeitet hatte, leitete das State Department 1938 juristische Maßnahmen zur Erfassung derjenigen Personen ein, die als „Agenten ausländischer Regierungen“ bezeichnet werden konnten und die im Rahmen des *McCormack Act* im Juni 1938 gezwungen wurden, sich als solche registrieren zu lassen⁶⁹. In den Jahren 1939 und 1940 folgte die amerikanische Regierung diesem Muster mit der Verabschiedung des *Hatch Act*, der *La Follette Bill* und des *Selective Service Act*, die alle eine Ausgrenzung von Mitgliedern des Volksbundes

⁶⁵ Ronald H. Bayor, Neighbors in Conflict, The Irish, Germans, Jews and Italians of New York City, 1929–1941, Baltimore u. London 1978.

⁶⁶ Morris Schonbach, Native American Fascism during the 1930s and 1940s, New York 1985, S. 369 und Gesetzentwurf des State of New Jersey, Assembly No. 257, introduced Jan. 28, 1935 by Mr. Rafferty and referred to Committee on Judiciary, NARA, RG 131, GAB, Entry 1, Box 22.

⁶⁷ Vgl. Brief of American Civil Liberties Union as Amicus Curiae, State of New Jersey vs. August Klapprott et al., n.D., NARA, RG 131, GAB, Entry 7, Box 2. Der Fall Klapprott hat in der rechtswissenschaftlichen Literatur als „Präzedenzfall“ Beachtung gefunden, da sich das Rechtssystem bisher nur in Fällen der persönlichen Beleidigung, nicht aber in Fällen einschaltete, in denen gesellschaftliche Gruppen diffamiert wurden. Schonbach, Native American Fascism, S. 374 ff.

⁶⁸ C. J. Russel, Treasury Department to Attorney General, 22.10. 1937, NARA, RG 60, 235343 (3)–(8). Bell, Anatomy, S. 240.

⁶⁹ United States Statutes at Large vol. 52 (1938), hg. v. U.S. Congress, Washington/D.C., 1938, S. 631 ff., Public Law, No. 583.

oder verwandter Organisationen aus dem öffentlichen Dienst, dem Außenhandel und staatlichen *Work Projects* bedeuteten. Ihren Höhepunkt erreichte die amerikanische Gesetzgebung Mitte 1940 im *Alien Registration Act*, der jeden Ausländer in den USA einer polizeilichen Meldepflicht unterstellte⁷⁰. Neben der Registrierung derjenigen Deutschamerikaner, deren Naturalisierung noch nicht eingeleitet oder abgeschlossen war, brachte auch die zunehmende geheimdienstliche Überwachung deutscher Viertel und Vereine eine Vorstufe zur *Enemy Alien Control*, die mit dem Kriegszustand im Dezember 1941 einsetzte.

Problematisch erwies sich jedoch die Einschätzung und Kontrolle deutschfreundlicher Bewegungen, die sich äußerlich noch im Rahmen der amerikanischen Gesetze bewegten. Hierunter fielen die GANA, die *Steuben Society* und viele alteingesessene Organisationen, die amerikanische Bewegungen wie den Isolationismus unterstützten.

Offensichtlich konnte nur über eine intensive geheimdienstliche Überwachung durch das *Office of Strategic Services* (OSS), FBI und militärischen Geheimdienst die politische Zuverlässigkeit eines „Deutschamerika“ überprüft werden. Abschreckendes „Vorbild“ zur Rechtfertigung dieser Maßnahmen waren die Aktivitäten der nationalsozialistischen Auslandsgruppen in Europa, in der Schweiz, Holland, der ČSR und Polen. Auch wenn die Befürchtungen der Amerikaner bezüglich deutschamerikanischer Loyalitätsprobleme sicherlich weit übersteigert waren, so schien es ihnen unerlässlich, regelmäßig detaillierte Informationen über deren politische Befindlichkeit einzuholen⁷¹. Während explizit nationalsozialistische Organisationen seit dem Kriegseintritt verboten waren, betätigten sich deren frühere politische Köpfe doch häufig noch in anderen Vereinen im Schutze des Milieus der Community innerhalb des ethnischen Viertels im Untergrund. Heimatverbundenheit, Kulturpflege und Traditionsbewußtsein, wie sie von der deutschen Vereinswelt traditionell repräsentiert wurden, waren nun kaum noch vom Tatbestand des „Loyalitätsbruches“ zu unterscheiden. Häufig waren deutschamerikanische Einrichtungen seit 1933 zum Instrument nationalsozialistischer Propaganda geworden. Dies lag selten an einer willentlichen Unterstützung des Nationalsozialismus, sondern an der mangelnden Kritikfähigkeit gegenüber dem wirklichen Charakter des NS-Regimes und seiner Taktik. So veröffentlichte etwa ein Großteil der deutschamerikanischen Presse kritik- und kommentarlos die Meldungen der deutschen Nachrichtenbüros⁷².

Im Februar 1942 teilte ein Bericht des Foreign Nationalities Branch des OSS die Deutschen von Yorkville, dem deutschen Viertel Manhattans, in fünf Gruppen ein, die landesweit als repräsentativ gelten konnten: „American Patriots“, „those with a guilty conscience“, „the family and business minded“, „German socialists and democrats“ und „Refugees“⁷³. Besonders auffallend, so der Beobachter, sei, daß der lautstark demonstrierte ameri-

⁷⁰ Ebd., vol. 54 (1939–1941), S. 670 ff.: Alien Registration Act, Public No. 670, 28.6. 1940.

⁷¹ Smith, Warriors, S. 20 u. 97.

⁷² Zur politischen Tendenz der New Yorker Staatszeitung: Friedrich Wilhelm Förster und Tete Hare Tetens, Open Letter to the „Loyal Americans of German Descent“, New York 1943; Nizer, Life; Anklageschrift Louis Nizer: Summary of Louis Nizer made to the Jury in the case of Dr. Friedrich Wilhelm Förster vs. Victor F. Ridder: SUNY, GIEC, Tetens papers, (unprocessed) Ridder Files. Als weiterer großer pro-nationalsozialistischer Presse-Konzern können die „National Weeklies“ mit Sitz im Mittleren Westen der USA gelten, hierzu: Walter Kappe, Die Deutsche Presse im Übersee, in: Deutschum im Ausland, Sonderheft: Deutsche Presse 21 (1938), S. 334–364; und Bericht Lt. Julius Klein, 33rd Division „Behind the Nazi Activities“, 27.10. 1941: NARA, RG 226, Int. 13 GE 192.

⁷³ Memorandum der FNB (Foreign Nationalities Branch) vom 5.2. 1942, NARA, RG 226, Int. 13 GE 510.

kanische Patriotismus hier „brandnew“ sei, gleichwohl aber die Zahl der unorganisierten Befürworter des Nationalsozialismus als sehr hoch eingeschätzt werden könne. Dieser Personenkreis sei nun unter denjenigen „Patrioten“ zu finden, die sich für die isolationistische Bewegung einsetzten und statt den nationalsozialistischen Propagandablättern, diejenigen amerikanischer, faschismusähnlicher „Führer-Bewegungen“ rezipierten. Zu ähnlichen Ergebnissen kamen Berichte aus dem Mittleren Westen, z.B. aus Chicago, dessen rund 900 deutsche Vereine mit 100 000 Mitgliedern zu 50 % als „fascisminded“ betrachtet wurden⁷⁴ – auch hier verblaßten die Grenzen zwischen einer „amerikanischen“ isolationistischen Grundhaltung, wie sie bei vielen Farmern im Mittleren Westen vertreten war und der Meinung der zur Amerikanisierung gedrängten Deutschamerikaner.

Eine große Zahl organisierter Deutschamerikaner zog sich völlig verunsichert aus der Vereinswelt zurück. Bis zum Ende des Jahres 1942 wurde von keinem der großen bürgerlichen Traditionsvereine oder Dachorganisationen, die in den vorhergehenden Jahren das „Neue Deutschland“ zuweilen bewunderten und sich von diesem gerne als Teil der „Volksgemeinschaft“ betrachten ließen, einen Versuch unternommen, sich deutlich vom nationalsozialistischen Deutschland, das nun Kriegsgegner war und über das hinreichend Informationen vorlagen, abzugrenzen.

Deutschamerikanisches Leben war noch während des Krieges vom Gespenst des „Nazi“, des illoyalen Deutschen, geprägt. Während sich Vertreter der sozialdemokratischen Vereine aus dem Vorkriegsdeutschamerikanertum vom FBI anwerben ließen und deutsche Emigranten in großer Zahl dem OSS und dessen Foreign Nationalities Branch ihren Sachverstand liehen, hielten es diejenigen, die sich bis zur Kriminalisierung nationalsozialistischer Aktivitäten mindestens im Umfeld nationalsozialistischer Volkstumspolitik bewegt hatten, erst 1942 für angebracht, sich vom Nationalsozialismus deutlich zu distanzieren und als loyale Amerikaner auszuweisen. Die Organisation der *Loyal Americans of German Descent* sollte nun ein deutliches politisches Zeichen setzen. Das Gegenteil trat ein und beschrieb die politische Zerrissenheit „Deutschamerikas“ und dessen mangelnde politische Kritikfähigkeit nach einem Jahrzehnt nationalsozialistischer Volkstumspropaganda: Zwei politische Emigranten, Friedrich Hare Tetens und Friedrich Wilhelm Förster, beide verfügten über langjährige Erfahrungen im Kampf gegen deutsche Auslandspropaganda und „deutschen Militarismus“, zogen gegen die neue „loyale“ Organisation vor ein amerikanisches Gericht. Sie konnten den Gründungsvätern, in erster Linie der einflußreichen New Yorker Verlegerfamilie Ridder, beweisen, daß diese selbst als Herausgeber der „Staatszeitung“ für die Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda verantwortlich waren⁷⁵. Jede Glaubwürdigkeit gegenüber denjenigen, die nun versuchten, ihre politische Haltung ins rechte Licht zu rücken, war damit geschwunden.

Bis heute bestimmen die Vorgänge der Jahre 1933–1941 die deutschamerikanische Identität: Das Image des deutschen Einwanderers als illoyaler „Nazi“ hat eine große Zahl von Deutschamerikanern zu einer raschen Amerikanisierung bewogen⁷⁶, die so versuchten, ihre staatsbürgerliche Treue zu unterstreichen. Damit haben die nationalsozialistischen Versuche, das Deutschamerikanertum zu renationalisieren, ihr Ziel verfehlt. Aber auch

⁷⁴ Memorandum der FNB, gez. M. W. Fodor, 4. 4. 1942: NARA RG 226, Int.13 GE 70.

⁷⁵ Nizer, Life.

⁷⁶ Helmut Kuhn, Die Deutschen von Manhattan, in: Die Zeit, Nr. 25, 19.6. 1992, S. 19 und Stephen Loewenstein, Frankfurt on the Hudson: the German-Jewish community of Washington Heights, 1933–1983. Its structure and culture, Detroit/Milw., 1989.

diejenigen, die sich ihrer deutschen Herkunft noch bewußt sind, leben heute durch die nationalsozialistischen Ereignisse getrennt. Als bestes Beispiel hierfür kann die Entwicklung zweier Viertel Manhattans gelten, die von ihren deutschen Bewohnern geprägt wurden, aber zwei getrennte Welten darstellen: das alte deutsche Viertel Yorkville, wo die ehemalige Hauptgeschäftsstelle des Volksbundes residierte und das, strikt getrennt vom Leben des in den dreißiger Jahren parallel in Manhattan entstandene „Washington Heights“, dem Einwandererviertel jüdischer deutscher Emigranten, noch heute existiert. Obwohl die Bewohner der beiden Viertel ihre „deutsche“ Kultur pflegen, unterscheidet sich deren Umgang mit Begriffen wie „Heimat“ und „Kultur“ bis heute und verbietet jede Annäherung.